WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

**Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.**

**Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.**

**Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.**

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck-ch
Kontakt: a4druck.ch

Berlin
Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
www.aradio.blogsport.de
Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org
Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
www.ag-do.de

Einfach machen (Duisburg)
Kontakt: einfach.machen@riseup.net

Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
www.agkrefeld.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
www.apjkoeln.blogsport.de

Libertäre Gruppe aus Bochum
Kontakt: lgausbo@riseup.net
www.lgausbo.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
www.anarchistische-initiative-kl.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogsport.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
www.asjbonn.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
www.asjl.blogsport.de

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
www.aufdersuche.blogsport.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Aktion Frankfurt Oder
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
www.laffo.blogsport.eu

Libertäre Antifa München
Kontakt: lava-muc@riseup.net
www.lavamuc.noblogs.org

Dresden
AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org
IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
www.anarchistischesforumkoeln.blogspot.de

e*vibes (Dresden)
Kontakt: e_vibes@riseup.net
www.evibes.org

Einen anderen 改道 Weg gehen...

N°64 - 04.2016

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

IN DIESER AUSGABE

*„Die Verwirrung ist groß“ - Interview mit Aktivist*innen aus Kiew*
Der Aufbau von Selbstverwaltung in der Türkei und Kurdistan: Die DAF
Grundprobleme von antiautoritären Gruppen in der individualistischen Gesellschaft: Das Bockhaben und die Vermeidung von Vereinbarungen

Editorial

Hallo Menschen,

ihr haltet die Gai Dào Nr. 64 in euren Händen. Vielleicht merkt ihr, dass sie dünner und leichter ist als normalerweise. Das liegt daran, dass sie "nur" 28 Seiten stark ist statt wie üblich 32 oder sogar 36 Seiten.

Dennoch habe wir einige gute Artikel zu den Themen Ukraine, Anarchismus in der Türkei und Kurdistan, zum autonomen 1. Mai in Wuppertal, Bockhaben & Vereinbarungen in anarchistischen Strukturen sowie zum Thema Rassismus. Hinzu kommen ein sehr schönes Gedicht, das sich fragt, was mit humorlosen Menschen zu tun sei und der Aufruf zu den Anarchistischen Tagen in Jena, welche im Mai stattfinden werden.

Die feministische und antirassistische Großdemo "Reclaim Feminism" am 12.3.16 in Köln (wir berichteten und mobilisierten in der Gaidao Nr. 63) wurde von vielen Beteiligten als Erfolg gewertet. Es gab mit dem FLTI*-Block sowie dem Block kurdischer Frauen* zwei riesige Blöcke. Insgesamt war die gesamte Demo sehr bunt, laut und kreativ. Auch der antiautoritäre Block, der von Gruppen der FdA organisiert worden ist, war mit über 200 Leuten gut vertreten. Auf dem Coverbild der Gaidao bekommt ihr einen Eindruck davon.

Neben diesen positiven Lichtblicken ist die Kacke aber gehörig am dampfen: tägliche Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, menschenunwürdige Zustände an den abgeriegelten EU-Außengrenzen und mit dem Einzug der AfD in drei weitere Landesparlamente durch hunderttausender erhaltener Stimmen pro Bundesland wird das Ausmaß des stetigen Rechtsrucks in der BRD ein weiteres Mal sichtbar. Resigniert nicht, sondern bleibt bzw. werdet aktiv!

Wir wünschen euch viel Kraft dafür!

Eure Gaidao-Redaktion

Das Titelbild zeigt den antiautoritären Block auf der feministischen und antirassistischen Großdemo "Reclaim Feminism" am 12.3.16 in Köln. Das Foto (ein Ausschnitt) ist von leftpictures und steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-SA 2.0. Weitere Fotos der Demo findet ihr hier: https://www.flickr.com/photos/leftpictures/albums/72157663533705653

Impressum:

Herausgerber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Wir verstehen die [改道] Gai Dào trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die keine Mitglieder der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Wir bieten einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei verstehen wir die [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 2. Freitag und 4. Samstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
Der Tresen ist immer mit wechselndem Programm, Infos dazu auf der Website.

Vokü der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Cafe 100"
Alaunstraße, Dresden-Neustadt

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
Jeden Donnerstag 18-20 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

cafém – feminismus zum kennen_lernen
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogsport.de/cafem)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

Kaiserslautern

AI Kneipeowend
Jeden 1. Freitag im Monat, ab 21 Uhr
im Roachhouse (Richard-Wagner-Str. 78)

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums
Luxemburger Str. 93, Neustadt-Süd, Köln

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden Dienstag ab 18:30 Uhr in der Wurze, (Wurznerstr. 2), 04315 Leipzig

ASJ VEKU (Vegane Küche)
Jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Erythrosyn, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (+ Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MÜNCHEN

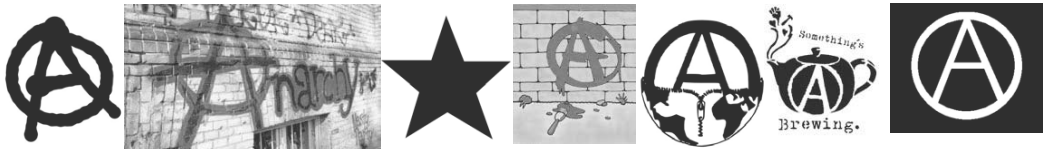
Anarchistisches Café " Schwarzer Donnerstag" + Vokü
Jeden 2. Donnerstag Abend im Monat im Kafe Marat
Thalkirchnerstraße 102, 80337 München

NÜRNBERG

Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr
im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

WITTEN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet
Jeden letzten Freitag im Monat ab ca. 19:00 Uhr
mit Gustav-Landauer-Bibliothek
Witten, Trotz Allem, Augustastr. 58



Anarchistische Tage in Jena am 20. und 21. Mai

- Programm und weiteres folgt -

Liebe Gefährt_innen und Genoss_innen, Sympathisant_innen und Interessierte,

viel, viel Scheiße umgibt uns – denn wir leben im reaktionären Deutschland. Vor allem antifaschistische Abwehrkämpfe haben die Kräfte von antiautoritären Linken in den letzten Jahren beansprucht und uns überstrapaziert. Als Autonome und Anarch@s definieren wir uns immer gegen die Faschisten, gegen den Kapitalismus und das Patriarchat; gegen die Regierung, den Staat, die Parteien, die bürgerliche Gesellschaft und so vieles mehr, was wir (zurecht) grundsätzlich verändern und überwinden wollen um eine bessere Gesellschaft möglich zu machen.

Aber wieso eigentlich immer nur „dagegen“ sein? Wofür stehen wir denn? Und wo stehen „wir“ als antiautoritäre/autonome/anarchistische Bewegung im ostdeutschen Raum und in Jena? – wenn hier überhaupt von einer Bewegung gesprochen werden kann. Was ist und was bedeutet Anarchismus
heute und für uns? Über diese und andere Fragen wollen wir gerne öffentlich diskutieren und laden euch herzlich zu den anarchistischen Tagen am 20. und 21. Mai ein.

[„Wir“, das ist ein kleiner Haufen von Anarchist_innen in Jena, die sich - nach längeren und verschiedenen politischen Betätigungen zuvor - zusammen gefunden haben, um sich über ihre vereinzelten Auseinandersetzungen auszutauschen und gemeinsam anarchistische Perspektiven zu entwickeln. Anarchismus ist für uns dabei keine Phrase, die wir vor uns hertragen, sondern die Herzensangelegenheit der Verwirklichung sozialer Freiheit mit der Sehnsucht nach einer besseren
Gesellschaft. Deswegen wollen wir mit euch unter dem weiten Dach „des“ Anarchismus in einen offenen Austausch treten – sei es, weil ihr euch selbst als Autonome oder Anarchist_innen seht, vom Bauchgefühl her das Gefühl habt, da mehr drüber erfahren zu wollen oder einfach Interesse habt, mal bei uns rein zu schauen.]

Um eine Diskussion über aktuelle anarchistische Perspektiven und Ansätze zu ermöglichen, veranstalten wir zwei Podiumsdiskussionen, einige Workshops und wollen auf einem „Schwarzmarkt der Möglichkeiten“ unverbindlich zusammen kommen, uns austauschen und informieren. Dabei stellen sich immer auch Fragen danach, wie anarchistische Vernetzung und Organisierung für uns aussehen können.

Die anarchistischen Tage werden im Jazzcafé im Kulturbahnhof stattfinden und alle Nazis, Rassist*innen und Sexist*innen brauchen gar nicht erst aufkreuzen. Das gilt auch für Menschen, die nicht aus Interesse am Austausch, sondern nur zum Pöbeln vorbeikommen wollen.

Schreibt uns gerne:
- wenn ihr generell Fragen habt
- wenn ihr von außerhalb kommt und Pennplätze braucht (wir können gemeinsam schauen, was möglich ist)
- wenn ihr euch mit einem nicht-kommerziellen Stand am Schwarzmarkt beteiligen wollt
- wenn ihr Programmvorschläge habt (wir haben einige eigene, aber fänden es auch cool, noch andere Vorschläge zu integrieren, wenn's passt)
- wenn ihr die anarchistischen Tage sonst wie (kulturell, kulinarisch...) bereichern wollt
an a-day@riseup.net (Verschlüsselung vorhanden)

In diesem Sinne freuen wir uns sehr auf euer Kommen und einen produktiven Austausch.

li(e)bertäre Grüße,

einige Anarchist_innen aus Jena

Hausbesetzung in Jena 2014

Inhalt

Weltweit

04 *„Die Verwirrung ist groß“*
Interview mit Aktivist*innen aus Kiew

08 *Der Aufbau von Selbstverwaltung in der Türkei und Kurdistan: Die DAF*

Bewegung

14 *30 Jahre autonomer 1. Mai in Wuppertal*
Interview mit Aktiven vor Ort

Kultur & Alltag

18 *Was tun?*
Ein Gedicht

Analyse & Diskussion

19 *Grundprobleme von antiautoritären Gruppen in der individualistischen Gesellschaft*
Das Bockhaben und die Vermeidung von Vereinbarungen

22 *Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute*
Wie der Bundesgerichtshof seinen eigenen Rassismus kritisiert und was man dabei für die Flüchtlingsdebatte lernen kann

Aufrufe

26 *Anarchistische Tage in Jena*
Am 20. und 21. Mai 2016

Termine

27 *FdA hautnah*
Termine der FdA-Gruppen

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschü- re den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

„Die Verwirrung ist groß“

Die Ukraine steht am Rande eines Staatsbankrotts. Etliche Faschist*innen wurden in das neue Regime integriert und im Donbass herrscht noch immer ein blutiger Krieg, der den Konflikt unter den Großmächten gefährlich angeheizt hat. Außerdem hat der Maidan der ukrainischen Linken einen Schlag versetzt: Nationalismus und Patriotismus erfassten auch die eigenen Reihen.
Die Direkte Aktion hat mit den Kiewer Aktivist*innen Mira und Sniff telefoniert. Sie sind aktiv in der Gefangenensoligruppe „Anarchist Black Cross“, der syndikalistischen „Autonomous Workers Union“ sowie bei „Antifascist Action Ukraine“.

Die Gai Dào dankt der anarchosyndikalistischen Zeitung Direkte Aktion für die Zurverfügungstellung dieses Interviews.

★ *Von: Paul Keller*

Direkte Aktion: Inwiefern hat sich eure politische Arbeit seit dem Maidan-Umsturz verändert?

Mira: Das größte Problem ist der Nationalismus, der sich auch in den Köpfen vieler Linker festgesetzt hat. Umsturz und Krieg haben viele zu Patriot*innen gemacht. Die neue Regierung verstärkt das noch mit einer unglaublichen Propagandaschlacht. Zudem werden unsere Mobilisierungen heute nicht mehr so ernst genommen wie noch vor dem Maidan. Damals waren hundert Leute an einer anarchistischen oder linksradikalen Demo ein starkes Zeichen, heute sind wir nicht mehr - doch die Leute sind seit dem Maidan Größeres gewohnt.

Sniff: Zurzeit hält zudem eine gewisse kollektive Depression Einzug. Viele Genoss*innen haben resigniert und sich zurückgezogen.

Spielt auch staatliche Verfolgung eine Rolle? Immerhin sind mehrere Polizeipräsidien und Ministerien mit Faschist*innen besetzt worden...

S.: Die Autoritäten beachten uns kaum. Die Faschist*innen im Polizeiapparat verfolgen noch keinen unterscheidbaren Kurs zu früher. Sie befehden zurzeit eher jenen Polizeiflügel, der noch unter Janukowitsch gedient hat. Denn diese alte Garde hasst die neuen Beamten, die schließlich mitverantwortlich sind für zahlreiche getötete Polizisten.

Wenn nicht mit der Polizei, so habt ihr bestimmt mit Neonazis auf der Straße zu kämpfen.

M.: Bis Ende 2015 verzeichneten wir keine Zunahme faschistischer Gewalttaten in der Öffentlichkeit. Ein möglicher Grund dafür war, dass ein Großteil der militanten Neonazis an der Front stationiert war. Dazu kommt, dass wir bis dahin kaum für öffentliches Aufsehen sorgten.
Doch nun hat sich die Lage für uns verschlechtert. Am 19. Januar etwa wollten in Kiew Linke und Menschrechtsgruppen wie jedes Jahr eine öffentliche Gedenkkundgebung für Stanislav Markelov and Anastasia Baburova, die in Russland von Nazis der Organisation BORN ermordet wurden, abhalten. Zwei Kundgebungen waren geplant, eine menschenrechtliche und eine anarchistische. Doch beide mussten abgesagt werden, da Nazis des Asow-Regiments aufkreuzten und gewalttätig wurden.
Am 14. Februar wurde zudem eine anarchafeministische Demonstration in Charkiw angegriffen, was zu zwei Verletzten führte. Die Zunahme der Gewalt ist kein Zufall. Freiwilligenbataillone und nationalistische Organisationen mobilisieren zunehmend gegen die Regierung und üben sich in einer sehr aggressiven Rhetorik. In Kiew griffen am 20. Februar im Rahmen des Maidan-Jubiläums Rechte die Polizei und diverse als „russisch“ deklarierte Geschäfte an.

S.: Ein Eindruck davon, was uns vermehrt erwarten könnte, wenn Faschist*innen von der Front zurückkehren und zu Hause „für Ordnung“ sorgen wollen, zeigen zwei Beispiele: An der letzten Gay-Pride in Kiew warf ein ehemaliger Freiwilliger eine Bombe in Richtung Umzug und verletzte dabei einen Polizisten. Und als im August die rechtsextreme Partei Swoboda das Parlament stürmen wollte, warf ebenfalls ein Kriegsrückkehrer eine Granate in die verhasste Polizei-Sondereinheit...

Während Sniff von bombenwerfenden Nazis erzählt, fallen - gut hörbar - drei Schüsse. Aufregung. Kontaktabbruch. Kurz darauf ein Anruf.

S.: ... Comrade, are you there?

Ja, was war los?

Schüsse auf der Straße. Wir wissen nicht warum, mussten aber kurz raus, um nachzuschauen.

Kommt so was öfters vor?

In Kiew eigentlich nicht. Die Leute haben sich seit dem Maidan aber an einiges gewöhnt, auch an das Donnern von Detonationen oder an Schüsse.

einen Standpunkt, den es aus ganz anderen Gründen gibt:

Der Staat und seine Organe (Politik, Justiz und Polizei) sind interessiert an einer freiwilligen Unterordnung zum Zwecke des glatten Durchregierens für einen wachsenden nationalen Reichtum, der dann wiederum den Staat mächtig macht. Dafür wollen sie ein anständiges Volk. Eine rassistische Antwort ist eine Variante, bei der berufsmäßigen nationalistischen Suche nach Störern. Die Bürger meinen, sie stünden besser da, wenn alle Menschen endlich anständig wären und wollen dafür einen starken Staat, der Mores lehrt und Unverbesserliche aus der Gesellschaft ausschließt. Deutsche, bei denen ein schlechter Charakter ausgemacht wurde, gehören für sie in den Knast, kriminelle Ausländer sollen weg.

So geraten die meisten Menschen armutstechnisch unter die Räder, weil die Gesetze mit Erfolg durchgesetzt werden. Die Bürger gehen dennoch auf diesen gesellschaftlichen Zustand mit dem unabrückbaren Ideal los, dass wenn sich nur alle anständig – also der nationalen Moral gemäß – benehmen würden, es hier schon zu einem harmonischen Leben kommen sollte. Dass dieses Ideal permanent und notwendig gestört wird – eine Welt des Eigentums ist nun mal eine des permanenten Hauen und Stechens – nehmen sie nicht zum Anlass, sich ihre meist prekäre Existenz zu erklären, die ihnen der Staat mit der Verpflichtung aufs Geldverdienen einbrockt und vom Ideal abzurücken, sondern sich auf die Suche nach den Schuldigen – den Störern der Harmonie – zu machen. Eine Konsequenz, die sie ziehen, ist die Welt des Rassismus, deren Bilder und Inhalte mal plump, mal hochwissenschaftlich daher kommen, die Konsequenzen aber immer brutal für die Betroffenen sind. Und zwar nicht erst dann, wenn er wie jüngst in Clausnitz oder Bautzen handfest wird.

Fußnoten

[1] Das ganze Urteil (im folgenden als „BGH 1956“ zitiert) ist nachzulesen auf:
https://www.jurion.de/Urteile/BGH/1956-01-07/IV-ZR-273_55; gefunden am 23.02.2016.
[2] Zitiert nach Süddeutsche Zeitung 18.02.2016, S. 6.
[3] Siehe dazu den Text „Das staatliche Strafen“ das Unterkapitel: „6. Die strafrechtliche Bestimmung von Schuld: mangelnder Wille zur Unterordnung unter die bürgerliche Rechtsordnung“:
https://gegen-kapital-und-nation.org/das-staatliche-strafen/#6
[4] Zum Vergleich mit der heutigen Verschärfung der Abschiebung von Ausländern, die ein Gesetz übertreten haben, im Folgenden in den Fußnoten einige Zitate an den entsprechenden Stellen. Hervorhebungen dabei von GKN. Hier sei die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann zitiert, die bereits im Sommer 2015 forderte: „Wer hier durch kriminelle Energie und Straftaten sein Asylrecht missbraucht, Menschen und Sachen bedroht, hat sein Aufenthaltsrecht in unserem Lande verwirkt, muss zwingend abgeschoben und bis zum Vollzug inhaftiert werden, um die Allgemeinheit zu schützen“. Zitiert nach dem Handelsblatt vom 29.09.2015.
http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingsdebatte-cdu-innenminister-will-kriminelle-asylbewerber-abschieben/12380020-2.html; gefunden am 05.03.2016
[5] In dieser Denke hat der Täter, dann nicht ein Gesetz gebrochen, sondern ihm wird als Motiv untergeschoben, gleich eine ganze Rechtsordnung abzulehnen. Spiegel online zitiert am 07.01.2016 die Bundeskanzlerin: „Zu reden sei auch über möglichen Handlungsbedarf bei der Ausweisung straffälliger Ausländer, sagte Merkel. Es sei zu prüfen, `ob wir, was Ausreisenotwendigkeiten anbelangt (...) schon alles getan haben, was notwendig ist, um hier auch klare Zeichen zu setzen an diejenigen, die nicht gewillt sind, unsere Rechtsordnung einzuhalten.`“
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-angela-merkel-bringt-striktere-abschiebepraxis-ins-spiel-a-1070958.html; gefunden am 05.03.2016.
[6] Wobei hier daran erinnert werden soll, dass ein nach Anstand suchender Mensch sich unterschiedliche Hautfarben auch ordentlich einbilden kann.
[7] „Die Klägerin ist auch nach dem schon erwähnten Auschwitz-Erlaß Himmlers vom 16. Dezember 1942 festgehalten worden. Dieser Erlaß bedeutet, darüber besteht allgemeines Einverständnis in Rechtsprechung und im Schrifttum, eine entscheidende Wendung in der Zigeunerpolitik des sogenannten `Dritten Reiches`. Er unterwirft alle Zigeuner Maßnahmen, die nur aus der Rassenideologie des Nationalsozialismus erklärt werden können.“ (BGH 1956)
[8] Für eine differenziertere Analyse der deutschen Flüchtlingspolitik siehe
https://gegen-kapital-und-nation.org/was-merkels-kurzer-sommer-der-menschlichkeit-über-die-deutsche-realität-aussagt/
Der Text ist im Oktober 2015 geschrieben worden, seit dem hat sich natürlich einiges getan.
[9] Spiegel online stellt am 08.01.2016 die Position des SPD-Vorsitzenden und Vizekanzlers vor: „`Ich sage: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und sexuellen Übergriffen`, zitiert die `Bild`-Zeitung Gabriel. Der Staat müsse stark und handlungsfähig bleiben: `Das sind wir den Deutschen und der überwiegenden Mehrheit der anständigen Flüchtlinge schuldig.`“.
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-uebergriffe-an-silvester-vizekanzler-gabriel-fordert-hartes-vorgehen-gegen-taeter-a-1071009.html; gefunden am 05.03.2016.
Man achte darauf, dass in dem Zitat die Deutschen irgendwie prinzipiell als anständig unterstellt werden im Vergleich zu den Flüchtlingen, bei denen es solche und solche gäbe.

nochmal darauf hingewiesen werden, dass das Urteil „eine Gruppe sei unhintergehbar charakterlich so oder so aufgestellt“ auch ohne Vererbungslehre auskommt. Das BHG-Urteil von 1956 spielt zwar mit dem „Urmenschen“-Vergleich auf Vererbungslehre an, es lässt sich aber auch anders verstehen: Menschen halten sich in einer Gruppe (oder Region, Kulturkreis) auf, und durch das Leben in dieser Gruppe würde ihnen ein bestimmter Charakter anerzogen, den sie nicht wieder ablegen können. Dies ist kulturalistischer Rassismus in Abgrenzung zum völkischen oder biologistischen Rassismus. Der Unterschied besteht darin, dass nicht die Natur einen Menschen unhintergehbar zu so einem oder zu solch einem Menschen macht, sondern die soziale Umwelt. Gemeinsam ist beiden Varianten des Rassismus der suchende Blick nach einem moralischen Wesen, der dann in beiden Fällen im Ergebnis unabänderliche Charaktermerkmale findet.

Das rassistische Differenzierungsvermögen heute

Die Nazis haben es für ihr großes Weltmachtprojekt für absolut notwendig erachtet, das deutsche „Wir“ neu und radikal zu sortieren: Nur mit einem anständigen „Wir“ als Grundlage konnte für sie Deutschland wieder etwas werden in der Welt. Und je größer die Anstrengungen waren, die Hitler dem deutschen Volk abverlangen wollte (zunehmend mit dem Krieg), umso härter haben die Nazis aussortiert, bis hin zur Vernichtung von Menschen.

Diese Vernichtungspolitik hielt der Bundesgerichtshof 1956 für rassistisch motiviert, weil sie für den damaligen BGH keinen Sinn machte.[7] Dass die Nazis aber die Sinti und Roma kurz vorher aus Deutschland heraus deportieren wollten, erschien dem BGH 1956 wiederum als sehr plausibel. Manche Menschengruppen würden eben prinzipiell nicht in eine anständige Gemeinschaft passen, weil sie ihrem Wesen nach zur Kriminalität neigen würden.

Heute kritisiert sich der BGH selbst als ehemals rassistisch und das Justizministerium stimmt dem zu: Roma und Sinti sind nicht von Natur aus kriminell, so das offizielle Statement, und wer das Gegenteil behauptet, der macht eine falsche Verallgemeinerung. Der suchende Blick ist damit überhaupt nicht angesprochen, so dass bleibt: Nur manche Sinti und Roma sind ihrem Wesen nach kriminell, nicht alle!

Und mit diesem rassistischen Differenzierungsvermögen vom Standpunkt des Nationalisten wird derzeit die Flüchtlingsdebatte geführt. Dass „wir“ Flüchtlingen aus Kriegsgebieten helfen, das spricht für „uns“ als Gemeinschaft der Anständigen. Wenn die aber mehr wollen als keine Bombe auf den Kopf bekommen, z.B. sich berechnend eine neue Existenz lieber in Deutschland als in der Türkei oder Griechenland aufbauen, dann nutzen die „unsere“ Hilfsbereitschaft aus und das spricht schon mal für einen schlechten Charakter der Flüchtlinge. Nun gut, ganz sicherstellen, dass „die“ in Griechenland bleiben, kann man wohl gerade nicht, so das bisschen Pragmatismus der Merkel-Politik, also wird fortgeschritten, dass „die“ sich zu integrieren haben.[8] Integration umfasst dabei alles, was dazugehört, eben ein anständiges Mitglied in der deutschen Gesellschaft zu werden.

Und ob „die“ das überhaupt können, dahinter steht ein dickes rassistisches Fragezeichen. Und je nachdem, welchen politischen Weitblick man hat, findet die rassistische Sortierung statt: „Ausländer raus“ ist der Standpunkt des ganz rechten Rands. Flüchtlingszahlen deutlich mindern und kriminelle Ausländer leichter abschieben, ist der Standpunkt der bürgerlichen Mitte.[9] „Aufklärung“ wird in dem Sinne betrieben, dass es vor allem die Nord-Afrikaner seien, die kriminell sind, Syrer dagegen nicht so doll. Und damit man die skeptische Bevölkerung beruhigen kann, soll jetzt schön nach Herkunftsregionen statistisch erfasst werden, wer was wie oft anstellt. Das gilt natürlich alles nicht als Rassismus, sondern als eine verständliche kriminalpolitische Maßnahme.

Das Wissen über Rassismus als Kulturgut

Noch eine letzte Überlegung zum Thema dieser Variante Rassismus. Manchmal kommt er sehr abstrakt daher, wenn „die Anderen“ sowieso einfach nicht zu „uns“ passen. Soweit es um konkretere Schuldzuweisungen an das innere Wesen irgendeiner vorhandenen oder empfundenen Bevölkerungsgruppe geht, gibt es plötzliche Änderungen, bei manchen aber recht beharrliche Urteile, die auch jeder kennt, selbst wenn er sie nicht teilt. So ist der Diebstahl ein Thema in Sachen Unanständigkeit, das mit dem Antiziganismus recht deutlich verwoben ist. „Dem Juden“ wird dagegen u.a. die besondere Geldgier nachgesagt, also ein mangelnder Wille sich für die Gesellschaft zurückzuhalten. Im Rassismus gegen „Schwarze“ spielt die natürliche Wildheit (als Idee und Legitimation dafür, dass er von „Weißen“ nur zu seinem eigenen Besten geführt werden müsse, bestimmte Tätigkeiten zugewiesen bekommen müsse, von bestimmten Tätigkeiten in einer Gesellschaft ausgeschlossen werden müsse oder aber, radikalisiert, gleich aus der Gesellschaft ausgeschlossen gehöre) und dabei wiederum der männliche Sexualtrieb eine beharrliche Rolle. Diese gesellschaftlich gültige Assoziation ist mit der Köln-Silvester-Diskussion erfolgreich abgerufen und bestätigt worden. Keine gute antirassistische Praxis ist dann der Versuch, darauf hinzuweisen, dass 50 Täter nicht alle sind, dass „überwiegend nordafrikanisch“ eben auch sagt, dass auch andere dabei waren oder dass Deutsche sowas doch auch machen, etwa auf dem Oktoberfest. Damit verpasst man den ganzen Kern der Debatte, wie sie geführt wurde, der darin besteht, dass es gute, anständige Menschen bräuchte für eine allseitig gut funktionierende Gesellschaft und daher die Suche nach wesensmäßig schlechten Menschen am Leben erhält.

Wie Staatspersonal und Bürger sich im Rassismus aus unterschiedlichen Gründen leider einig werden

Für diesen Rassismus braucht es keine Schädelmessungen wie im Nationalsozialismus. Man darf hingegen gespannt sein, was die Neurowissenschaften irgendwann mal zur Kriminalitätsbereitschaft so „erforschen“ – die kühne Thesen, dass man das Kriminalitätsgen bald finden wird, gibt es ja schon. Rassismus beruht aber nicht auf falscher Wissenschaft, sondern, die falsche Wissenschaft gibt es wegen des Rassismus' der Wissenschaftler und sie liefert fortwährend Belege für

Kommen wir also auf den Krieg zu sprechen. Seit seinem Beginn im April 2014 sind über 9000 Menschen getötet worden, die Infrastruktur des Donbass ist weitgehend zerstört, die Wirtschaft beider Seiten leidet. Der Waffenstillstand ist brüchig. Wer will eigentlich noch kämpfen?

S.: Die Ukraine hatte vor dem Maidan eine relativ kleine Armee, doch der Umsturz löste einen Boom von freiwilligen Einschreibungen aus. Viele Maidan-Aktivist*innen ließen sich rekrutieren. Das hat sich drastisch geändert. Heute geht kaum einer mehr freiwillig an die Front. Es gibt Zwangsrekrutierungen und Haftstrafen für Dienstverweigerer. Doch für manche aus dem Heer der Arbeitslosen ist der Kriegsdienst eine gangbare Option.

M.: Zunehmend verbreitet sich in der Armee der schwarze Humor. Er verdiene sein Geld „als Kanonenfutter“, sagte mir kürzlich ein Soldat, der wie viele seine Illusionen verloren hat. Im Osten wiederum vernichtete der Krieg tausende Arbeitsplätze, was die Männer in die Söldnertruppen und die Frauen in die Prostitution treibt. Die tausenden Kriegsflüchtlinge wiederum haben längst jede Hoffnung auf ein besseres Leben in Russland oder in der Westukraine aufgegeben. Auf beiden Seiten sind sie faktisch unerwünscht und werden, wenn überhaupt, nur miserabel unterstützt.

Demo der Autonomous Workers Union

Ukrainische Faschist*innen und Neonazis aus ganz Europa haben sich in rund dreißig Bataillonen der sogenannten „Antiterroroperation“ gegen die abtrünnigen Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) im Donbass angeschlossen...

M.: Richtig, aber im Osten sieht es leider nicht besser aus. In Westeuropa kennt man die Bilder vom Maidan mit seiner Nazisymbolik oder die Kampfeinheiten des Rechten Sektors und von Swoboda. Doch es scheint kaum bekannt, dass auch in den Einheiten der DNR und LNR unzählige Faschist*innen kämpfen, sogar solche aus der Westukraine. Meist handelt es sich bei diesen Rechten jedoch um prorussische Nationalisten, russische Faschist*innen und Anhänger der rassistischen „Eurasischen Bewegung“.

Aber gibt es nicht auch linke, antifaschistische Kämpfer auf Seiten der Volksrepubliken?

S.: Alle langjährigen antifaschistischen Aktivist*innen, die wir kennen, sind aus dem Donbass geflüchtet. Doch tatsächlich kämpfen nicht nur Rechte auf beiden Seiten. Auch Kämpfer, die sich als „links“ verstehen sind beiderseits zu finden.

Hier sprechen viele Linke über die sogenannte „Prizrak-Brigade“, in welcher sich Teile als antifaschistisch und kommunistisch begreifen.

S.: In der großen Mehrheit handelt es sich hierbei keineswegs um Kommunist*innen im ursprünglichen Sinne. Auch der ehemalige Kommandant Aleksej Mozgovoi, der im Mai – wohl auf Befehl der LNR-Führung – einem Mordanschlag zum Opfer fiel, war höchstens ein Populist mit generellen Phrasen über soziale Gerechtigkeit, am liebsten wetterte er einfach gegen die Oligarchen.

M.: Mozgovoi war auch der Mann, der eine versammelte Volksmenge über die Todesstrafe für einen Angeklagten abstimmen ließ. Einem Vergewaltigungsopfer und generell allen Frauen riet er, die Straßen und Bars zu meiden und stattdessen zu Hause für die Reproduktion „des Volkes“ zu sorgen. Die Begriffe „Antifaschismus“ und „Kommunismus“ muss man vor dem Hintergrund unserer Geschichte verstehen, sie lassen sich nicht einfach in ein westliches Begriffsverständnis übertragen.

Ist die italienische Ska-Punk-Band Banda Bassotti also umsonst für die Prizrak-Brigade und die Volksrepubliken auf Solidaritätstournee gegangen?

M.: Was Banda Bassotti tut, ist sehr dumm. Sie glauben, im Donbass einen antifaschistischen Aufstand ausmachen zu können. Ich bin mindestens einmal im Monat im Osten und weiß deshalb: einen solchen Aufstand gibt es nicht! Die Band soll endlich aufhören mit dieser Kampagne, die einen sinnlosen Krieg begünstigt und der sozialen Befreiung nicht im Geringsten dient.

Banda Bassotti ist ja nicht alleine. Auch die ukrainische marxistisch-leninistische Organisation „Borotba“ unterstützt die Volksrepubliken.

M.: Das stimmt. Aber es ist schon interessant. Hier in der Ukraine höre ich vielleicht einmal pro Monat von dieser Gruppe, die wohl höchstens 200 Mitglieder umfasst. Bin ich jedoch in Deutschland sprechen mich die Leute dauernd auf sie an. Dafür haben einige Leute von der deutschen Roten Hilfe gesorgt, die für Borotba eine Spendenaktion starteten. Ganz am Anfang war Borotba auf dem Maidan präsent, machte aber schnell eine Kehrtwende. Im politischen Leben hier spielen sie kaum eine Rolle und die radikale Linke der Ukraine hat sich mit einem Protestschreiben an die Rote Hilfe gewandt[1]. Aber ja, wir wissen von mindestens einem Mitglied, das auf Seiten der Volksrepubliken kämpft.

Wie haben sich denn die Anarchist*innen zum Maidan verhalten?

S.: Unterschiedlich. Ganz am Anfang waren wir nicht dabei. Doch dann beschränkte die Regierung die Demonstrations- und Versammlungsrechte und schritt mit massiver Gewalt ein, worauf einige von uns auf den Maidan gingen und eine „anarchistische Hundertschaft“ gründeten. Wir wollten verhindern, dass der Staat sich komplett in ein autoritäres Regime verwandeln würde.

Aufstand auf dem Maidan 2013-2014

Und dann wurdet ihr vom Platz geprügelt.

S.: Ja. Feminist*innen, Anarchist*innen und linke Gewerkschafter*innen, die Flagge zeigten, lebten gefährlich. Wir bildeten danach eine Gruppe, die Spitäler bewachte. Denn es kam immer wieder vor, dass die Schergen des Staates Verletzte entführten, misshandelten und sogar töteten. Erfreulich ist, dass es genau diese Gruppe ist, die heute den Kampf gegen die Verschlechterungen im Gesundheitswesen anführt.

Aber dennoch. Der nationalistische Taumel erfasste auch Anarchist*innen?

M.: Einige durchaus. Ehemalige Genossen meldeten sich freiwillig bei der Armee. Der langjährige antifaschistische Aktivist, Gewerkschafter und Anarchist Alexander Kolchenko sang nach seiner Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis die ukrainische Nationalhymne. Weil es der russische Inlandsgeheimdienst FSB war, der ihn verhaftet und nach Moskau verschleppt hatte, konnte das zwar auch als Provokation verstanden werden. Doch all dies zeigt, die Verwirrung war und ist vielerorts groß.

Diese Verwirrung führt anscheinend auch zu einer Vermischung. Selbst in einer Analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird die Gruppe „Autonomer Widerstand“ als links eingestuft. Was sind das für Leute?

S.: Bis vor Kurzem waren das klar antisemitische Rassist*innen und Faschist*innen, die völkische Fackelmärsche organisierten. Mit dem Maidan ist jedoch etwas sehr interessantes passiert. Die Gruppe ist vermeintlich nach links gerückt, hält sich mit dem Rassismus zurück und setzt dafür auf antikapitalistische Parolen und fordert die sozialistische Revolution. Zudem gab sie sich einen „autonomen“ Look, wie wir ihn von links kennen.

M.: Antifaschistische Hooligans von Arsenal Kiew sind jetzt mit dieser Gruppe befreundet. Und auch ehemalige Freunde von uns finden, der „Autonome Widerstand“ sei jetzt links. Tatsächlich ist es anders rum, diese ehemaligen Genoss*innen sind nach rechts gerückt. Das hat auch mit dem Phänomen des „manarchism“ zu tun, das wir leider hier und in Russland kennen. Dabei handelt es sich um „anarchistische“ Machos, die sich nur für „den Klassenkampf“ interessieren und besonders die LGBT-Bewegung verabscheuen. Speziell aus diesem Umfeld sind Leute übergelaufen.

Wurde deshalb auch der legendäre anarchistische Revolutionär Nestor Machno von rechts vereinnahmt?

S.: Das ist nichts Neues. Machno wird gerne zum ukrainischen National-helden stilisiert. Über seine sehr eingehenden Überlegungen zum anarchistischen Kommunismus wird bewusst geschwiegen. Das liegt aber auch daran, dass hier lange keine wirklichkeitsnahen Darstellungen über ihn verfügbar waren. In der Sowjetunion wurde Machno bloß als „krimineller Bandit“ gebrandmarkt.

Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) – seit dem Maidan verschiedentlich unterdrückt – wurde im Dezember mitsamt ihrer Symbolik endgültig verboten. Wer hat sie zuletzt eigentlich noch gewählt?

M.: Meine Großmutter hat sie immer gewählt… Nein, im Ernst, auch hier stimmen die Begrifflichkeiten längst nicht mehr. Die KP ist eine durchwegs konservative Partei und wird immer schlimmer. Sie unterstützte Janukowitsch fast bis zum Schluss. Jetzt paktiert sie unter neuem Namen sogar mit der rechten und homophoben Verschwörungstheoretikerin Natalija Witrenko, ihrerseits Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine vorgetragen, das heute mit Justizminister Heiko Maas (SPD) die Abschiebung von „kriminellen Ausländern“ vorantreiben will.

Die Suche nach dem kriminellen Wesen

Die Lehre, die Limperg zieht, geht auch völlig am Kern von rassistischem Denken vorbei. Dieser Rassismus gegen Sinti und Roma im nationalsozialistischen Deutschland und 1956 beim BGH hat seinen Grund nicht einfach in einem Vorurteil, einer logisch schlecht gemachten Verallgemeinerung oder einem Pauschalurteil, sondern in einem suchenden Blick auf die Menschen, der wegen einem Ideal eines anständigen nationalen „Wirs“ im Kopf, fündig werden will:

Der Ausgangspunkt des suchenden Blicks ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft eine gute Sache für alle wäre, wenn jeder sich an die Regeln hält, also gewillt ist, sich im Zweifelsfall zurückzunehmen. Darüber hinaus soll jeder auch bereit sein, sich für das große Ganze ordentlich einzusetzen, also auch zu opfern. Das meint das BGH-Urteil von 1956 mit der Sittlichkeit. Diese Vorstellung ist ein Ideal, weil nicht behauptet wird, dass alles bestens ist, sondern nur, dass alles bestens sein könnte, wenn sich die Gesellschaftsmitglieder nur richtig verhielten.

Nun kann man in dieser Gesellschaft Armut in den verschiedensten Formen massenhaft beobachten. Arbeitslosigkeit ist keine Ausnahme und steht als Drohung hinter jeder regulären Beschäftigung. Ein normaler Lohn reicht zum sorgenfreien Leben nicht hin und dass nicht erst wenn die Mieten mal wieder kräftig steigen. Diese Armut wird hergestellt gerade unter Beachtung der Gesetze und das könnte einem das Ideal eines harmonischen Miteinanders bei allseitiger Rechtstreue mal madig machen.

Wer aber an dem Ideal festhalten will (und das sind leider 99% der Bevölkerung), dem fallen insbesondere Handlungen anderer auf, die verboten sind. Davon gibt es viele. Es gibt wenige, die nicht wenigstens bei der Steuer schummeln und hier und da mal bescheißen. Unternehmen tricksen bei Abgaswerten oder schmieren den einen oder anderen Beamten. Das ist kein Wunder: Wenn alle den Auftrag bekommen, ihren Lebensunterhalt übers Geld abzuwickeln und diesen in Konkurrenz gegen andere erwirtschaften müssen, dann sind die Gesetze einerseits das Mittel der Konkurrenz und zugleich eine Beschränkung des eigenen Vorankommens. Der Kapitalismus funktioniert und zeitigt seine Konsequenzen in Sachen Armut und Existenzunsicherheit, weil sich alle im Großen und Ganzen an die Gesetze halten. Aber Gesetzesübertretungen sind seine ständige Begleiterscheinung. Wer dagegen das Ideal des anständigen Miteinanders, das sich für alle auszahlen würde, hoch hält, bei dem kommt nur die Frage auf, warum Leute ohne guten Grund dieses Miteinander versauen. Schon ist man nicht mehr bei einer theoretischen Debatte darüber, warum Leute Gesetze übertreten, sondern ist im Bereich der Moral, des Anstands. Gesetzesübertreter haben nicht einfach ihre vielleicht zu kritisierenden Gründe, dieses oder jenes zu machen, sondern sie seien schlecht und handelten in böser Absicht.

In der Regel wird vor Gericht die konkrete Handlung des Angeklagten mit dem Gesetz verglichen. Die Motivation spielt bei diesem Vergleich zunächst keine Rolle. Ist eine Abweichung festgestellt worden, geht es um das Strafmaß. An dieser Stelle spielt die Motivation eine sehr eigentümliche Rolle. Das Gericht will jetzt feststellen, wie sehr der Täter eigentlich das Gesetz übertreten wollte.[3] Als ob der Hauptzweck des Diebes beim Klauen das Gesetzesübertreten war und nicht vielleicht schlicht die Tatsache, dass er Hunger hatte. Hat der Täter sich lange vorbereitet, dann kommt eine höhere Strafe herum. War der Täter betrunken, dann gilt das als strafmindernd, weil der Wille nicht ganz zurechnungsfähig war. Innere Gründe werden so zu dem entscheidenden Punkt an einer Tat erklärt und damit wird der Übergang zum inneren Wesen des Menschen gemacht: Der Täter hat nicht einfach etwas Verbotenes getan, sondern er hat aus „krimineller Energie“ gehandelt.[4] Plötzlich soll es eine innere Kraft geben, die einen Menschen dazu drängt, Gesetze zu übertreten. Wichtig ist jetzt nicht mehr, dass jemand regelmäßig Fahrräder klaut, weil er sich über den Weiterverkauf sein Geld zum Leben organisiert, sondern die Regelmäßigkeit wird jetzt zum Beweis, dass in ihm eine unanständige Kraft wirke, eben die kriminelle Energie.[5] In Erinnerung an das BGH-Urteil von 1956: Die guten Menschen haben eine innere positive Kraft „sittliche Antriebe“, den anderen geht dieser Trieb ab („es fehlen“), stattdessen sitzt da im Wesen ein anderer Trieb, der „Okkupationstrieb“.

Ein Zwischenfazit lässt sich festhalten, noch bevor man zum Rassismus im engeren Sinne kommt: Idealisten des guten Miteinanders durch Anstand finden laufend Anlässe in der Gesellschaft, „schlechte“ Menschen ausfindig zu machen und dichten ihnen dann dieses Böse-Sein, das Unanständig-Sein, als inneres Wesen an.

Wer da suchet, der findet

Dieser suchende Blick in die Gesellschaft kann sich an allerlei Sachen festmachen. An Individuen (das ist so einer!), an Familien (der Apfel fällt nicht weit vom Stamm), an Klassen oder Schichten (z.B. Sarrazin, der meint, dass 20% jeder Gesellschaft von Natur aus unbrauchbar sind für eine Gesellschaft), an Regionen (ob die „Jammer-Ossis“ wirklich für Deutschland ein Beitrag sind, fragt sich ja mancher „Wessi“ immer noch). Oder eben an „Rassen“. Auf der einen Seite bestreiten die meisten bürgerlichen Menschen mittlerweile, dass es sowas gäbe. Aber Ethnien, Völker und Kulturkreise stehen ja als Kategorien weiterhin hoch im Kurs und daran lässt sich ebenso gut anknüpfen, wenn man fündig werden will – im Kern sind es nur neue Wörter für denselben rassistischen Gedanken. Und dass die Körperpigmentierung für eine Menge an Verhaltensweisen stehen soll, die einem inneren Wesen entspringen würden, ist ebenfalls ein weit verbreiteter, wenn auch falscher Gedanke.[6]

Als Rassismus gelten vielen Kritikern heutzutage in der Regel nur solche Aussagen, die explizit auf Vererbungsmerkmale Bezug nehmen. Nur völkischer Rassismus ist dann Rassismus. Dagegen soll hier

Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute

Wie der Bundesgerichtshof seinen eigenen Rassismus kritisiert und was man dabei für die Flüchtlingsdebatte lernen kann.

★ *Von: Gruppen gegen Kapital und Nation*

Seit Merkels „Wir schaffen das“ kann man in der bürgerlichen Presse am laufenden Meter Artikel zu diversen Themen finden, die skeptisch beäugen, ob das so stimme. Klassisch ist etwa die Kostenfrage in Sachen Sozialstaat. Dann gibt es die Artikel, die sich um ordnungsgemäße Verwaltungsabläufe Sorgen machen. Die Integration als Anspruch wird unterstrichen und gleichzeitig vor Terroristen gewarnt. Und nicht erst seit der Silvesternacht in Köln geht es um das Thema Kriminalität, jetzt aber intensiver und verknüpft mit dem Thema sexuelle Übergriffe.

Und zwischendurch stolpert man über eine Auseinandersetzung des Bundesgerichtshofes mit seiner eigenen rassistischen Vergangenheit, wobei dessen Präsidentin explizit eine Parallele zur Flüchtlingsdebatte sieht. In einem Urteil von 1956 hat der BGH Entschädigungsforderungen von Roma und Sinti wegen ihrer Zwangsumsiedlung im Jahr 1940 zurückgewiesen. Der BGH befand 1956, dass zwar die Deportation nach Auschwitz im Jahr 1942 rassistisch gewesen sei. Aber zwei Jahre vorher, bei der Zwangsumsiedlung von Sinti und Roma nach Polen, seien die Gründe nachvollziehbare kriminalpolitische gewesen. Das BGH befand: „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“[1] Vom Zentralrat der Sinti und Roma vor anderthalb Jahren darauf angesprochen, gibt der heutige BGH auf einem Symposium zu, das Urteil von 1956 war rassistisch. Was ist die Lehre für heute? „Die aktuelle Flüchtlingsdebatte macht uns bewusst, wie rasch wir auch dieser Tage mit weit verbreiteten Pauschalierungen von angeblichen und vielfach an bloßen Äußerlichkeiten festgemachten Wesensmerkmalen betroffener Gruppen konfrontiert sind.“[2] (Bettina Limperg, BGH-Präsidentin)

Hat sie was bemerkt? Fällt ihr eine Parallele zum politischen Vorhaben ein, kriminelle Ausländer noch einfacher abzuschieben als schon bislang möglich? Vermutlich nicht, denn das große „Sorry“ wurde zusammen mit einer Stellvertreterin genau des Ministeriums

Hinrichtung einer „Zigeunerbande“ in Gießen, 1726, als öffentliches Schauspiel

S.: Wohl ohne sich der Ironie bewusst zu sein, nennt die Partei ihre neue Koalition jetzt „Linke Opposition“. So hießen in der Sowjetunion die trotzkistischen Abweichler*innen.

Aber wie bewertet ihr das Verbot der KP politisch?

S.: Wie gesagt, die KP hat die kümmerlichen Reste ihrer Popularität mit dem Maidan praktisch vollständig verloren und war nicht mehr fähig, genug Stimmen auf sich zu vereinen, um ins Parlament einzuziehen. Der Zweck der Unterdrückung der KP war also nicht primär die Neutralisierung eines politischen Gegners. Viel mehr kreierte das Parteiverbot ein Bild des erfolgreichen Kampfes gegen die „separatistische Bedrohung durch die Kommunisten“. Jenes Bild also, das man im Osten nicht zeichnen konnte, da dort militärisch nicht viel erreicht wurde. Zudem freut das Verbot auch den Oppositionsblock, also die Nachfolgepartei von Janukowitschs Partei der Regionen. Denn viele ehemalige Wähler*innen der Kommunist*innen werden nun diese Partei wählen. Auch ehemalige Parteigänger*innen Janukowitschs, welche es geschafft haben, sich in die herrschenden Parteien einzugliedern (hauptsächlich in den Block Petro Poroschenko) sind erleichtert, da in den Medien nun die Kommunist*innen als Staatsfeind Nummer eins gehandelt werden und nicht die ehemaligen Parteigänger*innen Janukowitschs. Und natürlich gibt das Verbot auch den Faschist*innen Auftrieb, die seit jeher gegen alles Kommunistische hetzen.

Linke Parteien scheinen praktisch überall in der Krise zu stecken. Gleichzeitig stehen Aufstände und Umstürze, die von Platzbesetzungen ausgehen, symptomatisch für die jüngste Geschichte. Was heißt das für die Linke?

M.: Nicht an den Erhebungen teilzunehmen, wäre fatal und würde auf eine Verteidigung des Alten hinauslaufen.

Aber wie in der Ukraine so aktuell auch in Venezuela haben die Aufstände das rechte Lager gestärkt.

S.: Das zeigt doch, dass wir wieder ein Konzept haben müssen, eine Alternative, die wir verfolgen können. Es ist auch falsch, die Aufstände ständig dem westlichen Imperialismus in die Schuhe zu schieben, auch wenn dieser immer involviert war und ist.

Ihr wollt also einen konkreten anarchistischen Gegenvorschlag zum Bestehenden. Im viel diskutierten Buch „Der kommende Aufstand“ wird das gar nicht eingefordert, sondern viel mehr die Kraft des Aufstands an sich betont.

S.: Wir haben das Buch nicht gelesen. Doch wir können sagen, dass hier in der Ukraine die rein destruktive Betonung des Anarchismus mehrheitlich abgelehnt wird.

Was würdet ihr anders machen, wenn ihr noch einmal vor die Zeit der Maidan-Proteste zurück könntet?

M.: Schwer zu sagen... Unser größtes Problem waren ja nicht die Faschist*innen, sondern eine ignorant und dumpf auftretende Volksmasse. Was unser Verhalten angeht, hätten wir vielleicht mehr Aktionen und Theorievermittlungen machen und aus dem subkulturellen Kontext ausbrechen müssen. Und auf dem Maidan wäre es wichtig gewesen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, über ihre Forderungen und Vorstellungen zu debattieren. So etwas wie die spanischen „asambleas populares“ gab es auf dem Maidan kaum. Statt zu diskutieren, wurden hier vor allem Parolen nachgebrüllt.

Und wie können euch Genoss*innen aus dem Ausland unterstützen?

M.: Erst mal sollen die Leute aufhören, die Kriegsparteien zu unterstützen. Das ist nicht unser Krieg! Dann ist der internationale Austausch enorm wichtig. So trafen wir uns mit Genoss*innen aus Ex-Jugoslawien, die sich ja in einer vergleichbaren Situation befanden. Auch die Verbindung zur Bewegung in Russland werden wir intensivieren.

S.: Wir wollen zudem die Genoss*innen aller Welt ermahnen, die Fragen über Aufstand, Krieg und Internationalismus auf breiter Ebene zu diskutieren, bevor es zu spät ist.

Vielen Dank für das Interview und solidarische Grüße!

Fußnote

[1] Die Rote Hilfe dazu in einer Stellungnahme: "Es ist ausgeschlossen, dass linke allgemeinpolitisch tätige Organisationen pauschal von uns Spendengelder überwiesen bekommen. [...] Vielmehr solidarisieren wir uns vor allem mit einzelnen Aktivist*innen, die aufgrund ihres linken politischen Engagements kriminalisiert werden. Dabei ist für uns deren individuelle politische Weltanschauung nicht von Bedeutung" http://www.rote-hilfe.de/presse/bundesvorstand/560-stellungnahme-der-roten-hilfe-e-v-zur-spendenkampagne-fuer-verfolgte-antifaschist-innen-in-der-ukraine

Links

www.avtonomia.net (mehrsprachige Website der Autonomous Workers Union)
www.nihilist.li (mehrsprachige anarchistische Website aus der Ukraine)
www.avtonom.org (mehrsprachige und wichtigste anarchistische und antifaschistische Website der früheren UdSSR)

Der Aufbau von Selbstverwaltung in der Türkei und Kurdistan: Die DAF

In diesem Interview spricht die DAF über die Geschichte des Anarchismus in der Türkei, ihre Aktionen im antikapitalistischen Kampf und über die kurdische Freiheitsbewegung.

★ *Von: Corporate Watch (ROAR-Magazine, 3.9.15) / Übersetzung: madalton*

Im Mai diesen Jahres (2015, Anm. d. Übers.) bereisten forschende Aktivist*innen von Corporate Watch[1] die Türkei und Kurdistan um über die Truppen Ermittlungen anzustellen, die militärische Ausrüstung für die türkische Polizei und Armee bereit stellten. Wir sprachen mit einer Menge Gruppen von einer Vielzahl verschiedener Bewegungen und Kampagnen.

Im Folgenden ist die Abschrift unseres Interviews mit drei Mitgliedern der anarchistischen Gruppe Devrimci Anarşist Faaliyet (DAF oder Revolutionäre anarchistische Aktion) in Istanbul im Mai 2015. Die DAF ist bei der Solidarität mit dem kurdischen Kampf, der Revolution in Rojava und gegen die Angriffe des IS auf Kobane sehr engagiert und aktiv gegen die Repression des türkischen Staats und Unternehmensmissbrauch. Sie versuchen gerade Alternativen zum gegenwärtigen System aufzubauen mithilfe von Selbstorganisation, gegenseitiger Hilfe und Kooperativen.

Das Interview wurde im Vorfeld der türkischen Wahlen durchgeführt und streift die Wahlkampagne der HDP, der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker. Kurz nachdem das Interview stattfand übersprang die HDP die 10 Prozenthürde der gesamten Stimmen um ins türkische Parlament zu kommen.

Alexander Atabekian

Die Mitglieder der DAF – die es alle vorziehen anonym zu bleiben – eröffneten das Interview, indem sie über die Geschichte des Anarchismus in der Region sprachen.

DAF: Wir wollen die Verbindung zwischen dem Freiheitskampf am Ende des Osmanischen Zeitalters und den Freiheitskämpfen Kurdistans hervorheben.

Im Osmanischen Zeitalter organisierten Anarchist*innen Arbeiterkämpfe in den wichtigsten Städten: Saloniki, Izmir, Istanbul und Kairo. Beispielsweise war [der italienische Anarchist Errico] Malatesta bei der Organisierung der Industriearbeiterschaft in Kairo beteiligt. Bei den Freiheitskämpfen von Armenien, Bulgarien und Griechenland gab es Verbindungen zu anarchistischen Gruppen. Alexander Atabekian[2], eine wichtige Person im armenischen Freiheitskampf, war ein Anarchist, der Flugblätter ins Armenische übersetzt und sie verteilt hat. Er war ein Freund von [dem russischen Geograf und Anarchist] Peter Kropotkin und verteilte Kropotkins anarchistische Flugblätter.
Wir sprechen gerade über dies, weil wir die Wichtigkeit der Freiheitskämpfe hervorheben wollen und diese mit der Bedeutung der Unterstützung für den kurdischen Kampf nebeneinander stellen.

Corporate Watch: Was passierte mit den Anarchist*innen nach der Osmanischen Zeit?

Gegen Ende des Osmanischen Reichs, Ende des 19. Jahrhunderts, unterdrückte Sultan Abdul Hamid II die Aktionen der Anarchist*innen in der Türkei. Er wusste, was Anarchist*innen waren und hatte ein besonderes Interesse an ihnen. Er tötete oder deportierte Anarchist*innen und gründete eine spezielle Geheimdienstgruppe zu diesem Zweck.

Mustafa Kemal Atatürk, Gründer der Republik Türkei

Die Anarchist*innen antworteten darauf, indem sie Angriffe auf den Yildiz Sarayi Palast und Sprengstoffanschläge auf die Osman-Bank in Saloniki durchführten. Die Herrschaft des Osmanischen Reichs endete nicht mit der türkischen Republik. Es ist inzwischen vergangen, aber das System ist immer noch dasselbe.

Person herangezogen, die tolle Erfahrungen mit Gruppenprozessen hat, da voll sensibel ist und das klärende Gespräch moderieren würde. Nur sich mal hinzusetzen und die erste gemeinsame Entscheidung zu treffen (man könnte sagen: die Mutter aller Entscheidungen), nämlich jene, wie in der Gruppe künftig Vereinbarungen getroffen und ihre weitestgehend verbindliche Umsetzung abgesichert werden können, das geschieht nicht. Ebenso wenig, wie die darauf folgenden Vereinbarungen darüber, worin Inhalte der Gruppe bestehen, wie sie funktionieren, auf welche Zeit sie bestehen soll und letztendlich auch darüber, wer zu ihr gehören soll und wer nicht. Denn: dem liberalen, antiautoritären Bewusstsein scheint schon all dies ausschließend, unfreundlich, hierarchisch, zurichtend, mit Zwang behaftet und aus „unserer privilegierten Position heraus“ anmaßend zu sein. Insgeheim geht es ihm aber um die Angst, Abstriche von dem zu machen, was als „Freiheit“ missverstanden wird; es geht um den Unwillen kritisiert zu werden; die Anstrengung die Anderen als Einzelne und als Gruppe wirklich mitzudenken oder um die Vermeidung der Erkenntnis, dass die Gruppe vielleicht doch nicht nur Selbstzweck und zur Steigerung des Selbstwertgefühls der Einzelnen da sein, sondern auch tatsächlich die auch Ziele verfolgen müsste, unter deren Dach sie sich ursprünglich (zumindest offiziell) zusammen fand.

Und also – wenn sie sich nicht totdiskutiert, gestritten oder harmonisiert haben; wenn nicht zu viele klammheimlich oder mit knallender Tür gegangen sind, während andere ihren Leistungsfetisch pflegen – bleibt alles beim Alten: Irgendwelche einzelnen Leute haben Bock auf irgendwas, fangen es unabgesprochen und intransparent an, ob die anderen darauf Bock haben oder nicht, wobei sie sich einreden im Sinne der Gruppe zu handeln. Einige, die das Bedürfnis danach haben, bestimmen für sich und andere die Inhalte und Ziele der Gruppe und wer dazu gehören soll, wobei sie dauernd aneinander geraten, weil sie jene nie als kollektive, verbindliche Vereinbarungen einrichten. Manche wiederum setzen sich kaum oder gar nicht mit diesen Dingen auseinander, weil sie keinen Bock haben, sich an etwas völlig unbestimmten zu beteiligen, wo mehrere Einzelne gleich verschiedene Richtungen vorgeben und Ansprüche aufmachen wollen, die aber nie kollektiv gefundene sind. Enttäuschungen und Handlungsunfähigkeit sind die Folgen. Im besten Fall haben aber alle unheimlich viel am Gruppenprozess mit diesen tollen Menschen gelernt und werden es genauso in der nächsten Gruppe wiederholen.

(Wie zu Beginn erwähnt handelt es sich beim Text um eine polemische Zuspitzung und gezielte Überzeichnung. Das viele Gruppenprozesse trotz aller Schwierigkeiten auch funktionieren und wunderbares hervorbringen soll damit in keiner Weise in Abrede gestellt werden. Es ging um die Betonung der Wichtigkeit gemeinsamer Vereinbarungen und des Nachdenkens über hierarchiefreie Strukturen. Ebenfalls richtet sich der Text nicht gegen einen achtsamen Umgang miteinander und wäre falsch verstanden, wenn die Probleme bei den Einzelnen ausgemacht werden würden. Weiterhin ist die Unterscheidung zwischen Bock haben/keinen Bock haben logischerweise so einfach in der Realität nicht vorhanden. Damit sollte vielmehr eine verkürzte Wahrnehmung beschrieben werden, warum Einzelne Initiative ergreifen und sich Arbeit aufladen und andere kaum. Außerdem bin ich selbst überhaupt nicht frei von voluntaristischem Denken und individualistischem Handeln, was seine negativen Auswirkungen angeht, sondern muss selbst fortwährend hinzulernen und mich kritisch reflektieren.)

Anzeige

dazu gezwungen werden. Trotzdem gibt es hier die Möglichkeiten der emotionalen Erpressung oder des wohlwollenden Einbindens oder des pseudo-ernstgemeinten „Nachfragens“. Damit hat sich's aber auch. Schließlich wurden zumeist gar keine gemeinsamen und möglichst basisdemokratischen Vereinbarungen getroffen, geschweige denn gemeinsame Aufgaben definiert und diese gemeinsam und gerecht verteilt. Was bleibt ist darum der Bock. Wenn jemand Bock hat, was zu machen, darf sie*er es gerne tun. Immer gerne, denn Initiative und selbständiges Engagement sind so wichtig. Ob das dann im Sinne der Anderen geschieht, in ihrem oder gar dem gemeinsamen Interesse oder ob es sie überhaupt interessiert – stellt sich dann meistens erst hinter her aus.

Die Einen lassen sich also von der Gruppe mitschleifen, weil sie in ihr vorrangig ihre sozialen Bedürfnisse befriedigen (fast immer ohne, dass dies direkt zugegeben oder explizit ausgesprochen werden würde), weil sie durch Initiative, Klugscheißerei und das Lächeln anderer gehemmt sind und ihre Fähigkeiten unterschätzen, oder weil sie zu feige und in ihren Schädeln zu verstrickt sind, um etwas anzupacken, was nie ihren Perfektionsvorstellungen entspricht oder gar scheitern könnte. Die Anderen haben „Bock“: Sie beschreiben, wie die Lage im Allgemeinen und Speziellen aussieht (stets vergessend, dass es sich um ihre eigene Perspektive handelt, die sie den anderen unterschieben). Sie definieren, welche Aufgaben es (ihrer Meinung nach) objektiv zu tun gäbe und auf welche Weise (die sich ja nun mal bewährt hat) diese gelöst werden müssten. Sie tun dann so, als hätte es an diesem Punkt schon eine kollektive Meinungsbildung darüber gegeben und werfen die Frage auf, wer denn nun die Aufgabe übernähme – um sie letztendlich immer wieder selbst zu übernehmen.

Es ist klar, dass es sich hierbei nicht um einen basisdemokratischen Prozess für kollektive Vereinbarungen handelt, der die Einzelnen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Ressourcen ernst nimmt oder überhaupt wahr nimmt. Unsäglicherweise wird genau die Haltung des Bockhabens für derart verfehlte Gruppenprozesse, die sich in der Regel sehr schnell einschleifen, als Voraussetzung angesehen. Auf Dauer führt das zu Widersprüchen, wenn beispielsweise doch jemand Fragen nach Gleichberechtigung, dem „Klima“, der Effektivität, den eigenen Gruppenzielen oder des Fernbleibens einzelner Personen von der Gruppe, anspricht.

Damit wird dann verschiedentlich umgegangen. Manche bestehen darauf, dass alles so weiter laufen müsse wie bisher und wenn jemand keinen Bock hätte, dann sei's nun mal so, denn ohne „Bock“ könne man nichts machen. Manche überlegen, wie sie es Einzelnen, denen „kein Bock“ zu haben unterstellt wird mit Argumenten zu überzeugen oder eher noch mit Leckerlis zu konditionieren, wenn sich Bock in Ansätzen zeigt. Manche sehen schon etwas weiter, weil sie das eh tun; weil sie (vielleicht aus purer Freude) eh immer alles - als „zwischenmenschlich“ Betrachtete - problematisieren (wahrscheinlich, weil es sooo „interessant“ ist). Sie schlagen dann zum Beispiel vor, mal „grundsätzlich über uns“ zu reden und sich dafür „soviel Zeit, wie es eben braucht“ zu nehmen, in der putzigen Annahme, dass sich „alle wohlfühlen“ sei das wichtigste auf der Welt. Am Ende wird dann viel geredet. Was ja menschlich immer so gut tut und so wichtig ist, dann es gibt ja so viel zu lernen, weil wir „sind ja alle in ner Gesellschaft groß geworden, wo wir das überhaupt nicht so erlernen können mit der Hierarchiefreiheit und der Achtsamkeit und deswegen is ja schon voll gut, dass wir da jetzt mal drüber reden“ und so weiter.

Nur Fragen nach eigener Organisierung, Strukturierung, und Modi der Vereinbarungsfindung der Ermöglichung ihrer verbindlichen Einhaltung werden penibel vermieden. Eher werden die beobachteten „Probleme“ vor Dritten ausgeweidet und im besten Fall noch eine

Zu Beginn des [kemalistischen] türkischen Staates [1923] wurden viele Anarchist*innen und andere Radikale gezwungen auszuwandern oder sie wurden getötet. Die CHP, Mustafa Kemals Partei, erlaubte keinerlei Opposition und es gab Massaker an Kurd*innen.

Von 1923 bis 1980 gab es keine große anarchistische Bewegung in der Türkei aufgrund der Popularität sozialistischer Bewegungen und aufgrund der staatlichen Repression.

Die Revolutionswelle von den 1960ern bis zu den 1980ern beeinflussten jene Landstriche ebenfalls. Dies stellten die aktiven Jahre der sozialen Bewegungen dar. Während dieser Zeitspanne gab es revolutionäre anti-imperialistische Bewegungen, die durch den Vietnamkrieg hervorgerufen worden sind, Jugendorganisationen, Universitätsbesetzungen und anwachsende Kämpfe von Arbeitenden. Diese Bewegungen waren marxistisch-leninistisch oder maoistisch, es gab keine anarchistischen Bewegungen.

1970 fand ein langer Arbeitskampf statt. Millionen Arbeitende liefen über 100 Kilometer von Kocaeli nach Istanbul. Die Fabriken waren geschlossen und die Arbeitenden waren auf der Straße.

War in der Türkei zu dieser Zeit überhaupt etwas Bewusstsein für Anarchismus vorhanden?

Während dieser Jahre wurden viele Bücher von europäischen Radikalen in die türkische Sprache übersetzt, aber es wurden nur fünf Bücher über Anarchismus übersetzt, drei davon, in denen über Anarchismus geschrieben wurde um ihn zu kritisieren.

Im Osmanischen Zeitalter waren viele Artikel über Anarchismus in den Zeitungen veröffentlicht. Beispielsweise war einer der drei Herausgeber*innen der Zeitung İştirak Anarchist. Die Zeitung druckte die Abhandlungen [des russischen Anarchisten Mikhail] Bakunins genauso ab wie Artikel über Anarchosyndikalismus.

Die erste anarchistische Zeitschrift wurde 1989 veröffentlicht. Danach wurden viele Zeitschriften herausgegeben, die den Anarchismus aus verschiedenen Perspektiven in den Blick nahmen, z.B. Poststrukturalismus, Umwelt etc.

Der rote Faden stellte die Tatsache dar, dass alle Artikel für eine kleine intellektuelle Leserschaft geschrieben waren. Die Sprache dieser Zeitschriften war zu weit entfernt von den Menschen. Die meisten jener Beteiligten stand mit der akademischen Welt in enger Verbindung. Oder sie waren ehemalige Sozialist*innen, die beeinflusst worden sind vom Zusammenbruch der Sowjetunion, welcher eine große Enttäuschung für viele Sozialist*innen darstellte. Deswegen fingen sie an sich Anarchist*innen zu nennen, aber wir denken nicht, dass dies ein guter Weg darstellt sich dem Anarchismus anzunähern, d.h. mittels einer Kritik des Sozialismus.
Zwischen 2000 und 2005 versammelten sich in Istanbul Leute um über Anarchismus zu reden und sie fingen an zu fragen: „Wie können wir kämpfen?“. Zu dieser Zeit schätzen wir, dass es 50-100 Anarchist*innenn gab, die in der Türkei und außerhalb lebten.

Könnt ihr beschreiben, wie die DAF sich aktuell organisiert?

Gerade erreichen wir 500 Anarchist*innen, die zum May Day in Istanbul erscheinen. Wir sind in Kontakt mit Anarchist*innen in Antalya, Eskişehir, Amed, Ankara und Izmir. Meydan [die Zeitung der DAF] wird an 15 bis 20 Städte verschickt. Wir verfügen über ein Zeitungsbüro in Amed, von dem wir die Zeitungen kurdistanweit verbreiten. Bis jetzt ist sie in türkischer Sprache, aber vielleicht werden wir sie eines Tages in kurdischer Sprache veröffentlichen, wenn wir uns das leisten können. Wir schicken Meydan auch in Gefängnisse. Im Gefängnis in Izmir haben wir eine*n Gefährt*in und wir verschicken Exemplare an über 15 Gefangene.

Die DAF auf einer Demonstration

Vor wenigen Monaten wurde ein Verbot für radikale Publikationen in den Gefängnissen eingeführt. Wir nahmen an Demos außerhalb der Gefängnisse teil und wir schafften es genug Druck aufzubauen, sodass aktuell Zeitungen in Gefängnissen wieder erlaubt sind.

Die Hauptfrage für die DAF ist den Anarchismus innerhalb der Gesellschaft zu organisieren. Wir versuchen Anarchismus mit Kämpfen auf der Straße zu verknüpfen. Dem verleihen wir Gewicht. Fast neun Jahre machen wir dies jetzt schon.

Auf einer ideologischen Ebene haben wir eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Wir haben keinen hierarchische Blickwinkel auf Kämpfe. Wir denken der Arbeitskampf ist wichtig, aber nicht wichtiger als der kurdische Kampf oder die Frauenkämpfe oder ökologische Kämpfe.

Der Kapitalismus versucht jene Kämpfe zu spalten. Wenn der Feind uns auf einer ganzheitlichen Ebene angreift, müssen wir es auf einer ganzheitlichen Weise angehen.

Anarchie besitzt eine negative Bedeutung für die meisten Leute in der Gesellschaft. Anarchie wird mit Terrorismus und Bomben verbunden. Wir wollen den Anarchismus legitimieren, indem wir ihn mit Argumenten für Kämpfe gegen Unternehmen und für die Umwelt

verbinden. Manchmal versuchen wir die Verbindungen zwischen Staat, Unternehmen und Umweltzerstörung in den Blickpunkt zu richten – wie die Sache, die Corporate Watch macht.

Wir mögen es Anarchie als einen organisierten Kampf darzustellen. Wir haben den Leuten auf der Straße die organisierte Herangehensweise zum Anarchismus gezeigt.

Von 1989 bis 2000 war Anarchismus Darstellung. Schwarz tragen, Piercings und „Iros". So sahen ihn die Leute. Nach 2000 begannen die Leute Anarchist*innen zu erleben, die Teil der Frauenkämpfe und Arbeitskämpfe waren.

Wir nehmen den Anarchismus von Europa nicht als Nachahmung. Andere Anarchist*innen haben sich dem Anarchismus angenähert als eine Nachahmung des US- oder europäischen Anarchismus oder als eine Underground-Kultur. Wenn wir die anarchistische Bewegung eine soziale Bewegung werden lassen wollen, muss sich dies ändern.

Die Kollektive der DAF sind die Anarchistische Jugend, die Anarchistischen Frauen, das 26A-Cafe, das Patika-Umweltkollektiv und die Anarchistische Aktion der höheren Schulen (LAF). Diese Selbstorganisationen arbeiten zusammen, aber haben ihre eigenen beschlussgebenden Verfahren.

Die Anarchistische Jugend stellt die Verbindung zwischen jungen Arbeitenden und Studierende an Universitäten und ihren Kämpfen her. Die Anarchistischen Frauen legen ihren Schwerpunkt auf das Patriarchat und Gewalt gegen Frauen. Beispielsweise wurde eine Frau von einem Mann letzten Februar ermordet und in Brand gesetzt. Am 25. November gab es große Proteste gegen die Gewalt gegen Frauen.

LAF kritisiert Erziehung und Unterricht an sich und versucht diesen Denkansatz an höheren Schulen zu verbreiten. Die LAF betrachtet ebenfalls ökologische und feministische Themen einschließlich die Morde, die an jungen Frauen von ihren Ehegatten begangen worden sind.

Das ökologische Kollektiv PATIKA protestiert gegen Wasserkraftstaudämme in der Region um das Schwarze Meer oder Hasankey [wo der Ilisu-Staudamm[3] gerade gebaut wird]. Von Zeit zu Zeit finden Kämpfe statt um diese Pläne zu verhindern realisiert zu werden.

Das 26A-Café[4] ist ein selbstorganisiertes Café, welches den Schwerpunkt auf antikapitalistisches Wirtschaften legt. In Taksim wurde 2009 und in Kadıköy 2011 wurden Cafés eröffnet [beide sind in Istanbul]. Die Cafés werden von Freiwilligen betrieben. Sie richten sich an dem Aufbau eines ökonomischen Modells an der Stelle, wo

Das im Kollektiv betriebene Cafe 26A

Grundprobleme von antiautoritären Gruppen in der individualistischen Gesellschaft: Das Bockhaben und die Vermeidung von Vereinbarungen

(Der folgende Text ist eine polemische Zuspitzung, mit dem ernsten Anliegen, auf Probleme in antiautoritären Gruppen aufmerksam zu machen, wobei keine Lösungsvorschläge mitgeliefert werden. Ich vermute, dass auch viele andere Antiautoritären ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass hierarchiefreie, basisdemokratische Prozesse möglich sind und auch produktiv sein können – für anarchistische Ansätze sind sie unumgänglich. Dazu müssen Vereinbarungen getroffen werden, eine kollektive Organisierung geschehen und das „Bockhaben" Einzelner darf nicht die verbindliche Übernahme von durch die Gruppe definierte Aufgaben ersetzen. Das heißt selbstverständlich nicht, dass alle Aktivitäten in Gruppen durchzuführen sind.)

★ *Von: Mona Alona*

Allem vorangestellt sei, dass niemand gezwungen werden darf; dass niemand gezwungen werden darf, dies oder jenes tun zu müssen – sei es im Namen der Sache (stets bewusst unbestimmt gehalten, damit sie von Durchsetzungsstarken nach ihrem Gutdünken definiert werden kann), der Gruppe (auf die wir sozial und emotional angewiesen sind), der Ideale (auch wenn sie nicht so genannt werden) oder der Grundsätze (auch wenn oft geleugnet wird, dass es welche gibt und geben sollte). Im Gegensatz zu Verträgen die verpflichten und sich Dritter bedienen, um unter Androhung von Zwang eingehalten zu werden, sind gemeinsame Vereinbarungen Definitionssache. Sie werden getroffen, sie können verändert und aus ihnen kann sich zurückgezogen werden. Aus ihnen sollte sich zurückgezogen werden, wenn sie dem Willen einer oder eines Vereinbarenden zutiefst widerstreben und sich keine Möglichkeit auftut oder sie verweigert wird, die Vereinbarung entsprechend anzupassen. Den Einzelnen muss ihr voller Wert, als den ganz bestimmten und wandelbaren Menschen zukommen, die sie sind. Ihre Anerkennung, ihr Bewusstsein, ihr Selbstrespekt speisen sich aus ihrer Fähigkeit und ihrem Recht Nein zu sagen und sich aus einer Vereinbarung zurück zu ziehen – möglichst begründet, möglichst ohne Groll, möglichst ohne die Anderen zu verletzen, möglichst in selbstkritischer Auseinandersetzung anstatt aus einer Affekthandlung heraus.

Ein Problem im undogmatisch-linken Gewabere ist, dass selten Vereinbarungen getroffen werden. Diese Haltung ist fatal, haben die Einzelnen doch jeweils ganz bestimmte Ansprüche, an die anderen und einen Gruppenzusammenhang. Die*der Antiautoritäre ordnet sich nicht unter – und sei es unter die Vereinbarung, welche in kollektivem Gruppenprozess gefunden wurde. Darum werden kollektive Gruppenprozesse zum Finden von Vereinbarungen soweit es geht gleich vermieden, schließlich würde das bedeuten, dass die Einzelnen jeweils Position beziehen und eigene Ansichten zu einem Thema entwickeln müssten. (Was freilich etwas ganz anderes ist, als irgendwelche Standpunkte nachzuplappern oder sich einfach denen anzuschließen, die charismatisch auftreten oder zu denen man sich hingezogen fühlt.)
Darin zum Ausdruck kommt ein sehr verschrobenes Verständnis liberaler Freiheit, bei dem niemand ins vermeintlich Eigene hineinreden soll. Übertüncht wird es mit den Reflexen der repressiven Durchsetzung von „Harmonie", „achtsamen Umgang", „angemessenem Redeverhalten" und anderem. Sie speisen sich aus jener tief sitzenden Angst, vor den anderen unangenehm aufzutreten, möglicherweise irritierende, verstörende und unpopuläre Dinge zu sagen, bei Jüngeren gar als uncool zu gelten. Eine ziemliche Gradwanderung, fordert und honoriert das antiautoritäre Rudel doch gleichzeitig auch Initiative, vermeintlichen Eigensinn und markante Charakterzüge. Mit der falschen Annahme, ihnen auf diese Weise Geltung zu schaffen, werden gemeinsame Vereinbarungen also wo es geht vermieden. Wo sie getroffen werden, wird ihre prinzipielle Auflösbarkeit betont. Gemeint damit ist aber ihre Unverbindlichkeit. Wo jene nicht erwähnt wird, ziehen sich im Verlauf einfach verschiedene Einzelne aus ihnen kommentarlos zurück. Oder sie geben irgendwelche Gründe an, wobei die eigentlichen ihnen zumeist selbst nicht bewusst sind. Und aufgrund der falsch verstandenen Freiheit, die oft Beliebigkeit meint, auch nicht oft auch nicht bewusst gemacht werden.

Ein anderes, damit stark verknüpftes, Problem besteht darin, dass jede*r nur tun soll, worauf sie*er „Bock" hat (Stichwort „Voluntarismus"). Hat eine Person keinen Bock auf eine Sache, kann er*sie ja auch schlecht

Gedicht

jonathan

Was tun?

(Autoritarismus auf sich selbst angewendet)

Was tun? Bleibt immer zu fragen.
Viele Leute fragen und fragen und fragen ja nur
ohne mal eine klare Position zu beziehen
Darum sage ich aber, wie es nämlich ist:
Ich habe keine Ahnung. Ich weiß es einfach nicht

Was soll man tun
mit den Leuten, die keinen Humor haben?
Die irgendwie alles so ernst nehmen
dass sie tausend Dinge gar nicht in den Blick bekommen
dadurch sich selbst eigentlich wieder nicht ernst nehmen
weil sie Realität und sich selbst reduzieren
nicht vom Ganzen her denken
sondern die Welt in gedankliche Konstrukte einfassen
(was wir alle tun)
dies dann aber zur Wahrheit erklären
nicht sehen oder zumindest nicht darum wissen,
dass alles sehr anders aussieht
aus anderen Blickwinkeln
ihrer also ein ganz bestimmter ist
worüber sie sich bewusst werden würden
wenn sie sich humorhaft
auch mal von allem distanzieren könnten
um echten Bezug, Beziehungen, dazu zu gewinnen
stattdessen zieht ihre Stirn Falten
jene Zwangsneurotiker, die Buchstabengläubigen
die immer alles ganz genau nehmen
somit das Ganze genau verfehlen

Was tun?
Was soll man mit humorlosen Leuten tun?
-
Soll man sie einfach erschießen?
- - -
Soll man sie an Laternen aufknüpfen?
Sollte man ihnen die Giftkaspel reichen
zu der sie sich selbst entschließen sollen?
Sollte man sie vielleicht wegsperren
und mundtot machen
über ihre Gedanken nur schweigen
und ausschließlich köstlich lachen?
Oder ist es doch möglich,
sie umzuerziehen
und für unsere Zwecke nutzbar zu machen?
Ohne sie jedoch jemals wirklich zu integrieren

Wie kann man garantieren,
dass ihre Witzlosigkeit und Musiklosigkeit
sich nicht langfristig wieder einschleift und wiederholt?
Wie kann man ihre Wiederkehr verhindern
und all ihre stillen Anhänger ausfindig machen?
Wie kann man ihre Kritik zahnlos machen,
ihre Argumente lächerlich,
ihre humorlose Existenz belanglos?

Wie kann man die Ursachen bekämpfen
welche Humorlosigkeit hervorbringen
Sind Genmanipulation anwendbar, Pyschopharmaka, Gehirnoperationen
oder bestimmte Umwelteinflüsse zu verändern?
Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen
unter denen pathologischen Subjekten der Humor abhanden kommt?
Wie müsste also die Gesellschaft verändert werden
damit sie dies nicht mehr hervorbringt;
wie das Erziehungswesen und das Bildungssystem
damit dort ordentlich gekichert und gelacht wird?

Ich weiß es nicht, weiß es einfach nicht
was man tun soll mit den Humorlosen
soll man sie einfach erschießen?
Ohne auf die große Gelegenheit zu warten
ohne 'richtigen' Zeitpunkt, die richtige Analyse
die entsprechende Massenbewegung
mit einem entwickelten Bewusstsein
und so weiter- sollte man sie einfach umbringen?
-
Ich glaube nicht. Aber ich weiß es nicht.
Was soll man tun?

unterdrückte Leute leben. Es ist wichtig den Leuten greifbare Beispiele einer anarchistischen Ökonomie zu zeigen – ohne Chef*innen oder kapitalistischen Zielen. Wir sprechen mit den Leuten, warum wir nicht die großen kapitalistischen Marken wie Coca Cola verkaufen. Natürlich haben die Produkte, die wir verkaufen, eine Verbindung zum Kapitalismus, aber Dinge wie Cola sind die Symbole des Kapitalismus. Wir wollen fortschreiten - weg vom Nicht-Konsumieren und hin zu alternativen Wirtschafts- und Herstellungsweisen.

Ein weiteres selbstorganisiertes Kollektiv, PAY-DA - „Teilen und Solidarität“ - verfügt über ein Gebäude in Kadıköy, das für Treffen und die Erstellung der Zeitung Meydan genutzt wird. PAY-DA gibt dreimal täglich Essen an Leute aus. Es ist für Anarchist*innen und Gefährt*innen geöffnet. Das Ziel von PAY-DA ist eine Kooperative zu werden, die für alle offen ist. Wir versuchen eine Verknüpfung aufzubauen, welche auch die Produzierenden in den Dörfern einbezieht. Wir erstreben Verbindungen mit diesen Produzierenden zu haben und ihnen ein anderes ökonomisches Modell zu zeigen. Wir versuchen diese ökonomischen Verbindungen jenseits von monetären Verknüpfungen zu etablieren. Die Produzierenden leiden unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wir befinden uns in der Anfangsphase dieser Kooperative und wir suchen nach Produzent*innen, die mit uns zusammen arbeiten.

All diese Projekte sind mit der Ideologie der DAF verbunden. Dieses Modell lehnt sich an Malatestas binäres Modell der Organisierung.

Dies sind anarchistische Organisationen, aber manchmal nehmen an diesen Kämpfen Leute, die sich nicht als Anarchist*innen verstehen, teil, weil sie ökologische Kämpfe oder Frauenkämpfe kennen und am Ende werden sie etwas über Anarchismus lernen. Es ist ein sich entwickelnder Vorgang.

Als DAF versuchen wir unser Leben zu organisieren. Dies ist der einzige Weg, wie wir die Leute erreichen können, die vom Kapitalismus unterdrückt sind.

Es gibt des Weiteren die Kriegsdienstverweigerungsvereinigung, welche mit weiteren Gruppen organisiert ist, nicht nur anarchistischen. Unsere Beteiligung daran steht in Verbindung mit unserer Perspektive auf Kurdistan. Wir stellen am 15. Mai, dem Kriegsdienstverweigerungstag, anti-militaristische Aktionen in der Türkei außerhalb von Militärstützpunkten auf die Beine. In der Türkei steht das Militär in Verbindung mit der Staatskultur. Wenn du deinen Militärdienst nicht ableistest, wirst du keine Arbeitsstelle finden und es ist schwierig jemanden zum Heiraten zu finden, weil sie fragen, ob du bei der Armee gewesen warst. Wenn du bei der Armee warst, bist du ein „Mann“. Die Menschen sehen den Staat als „Vaterland“ an. Zu deinem Lebenslauf fragen sie, ob du Militärdienst geleistet hast. „Jeder Türke wird als Soldat geboren“ ist ein verbreitetes Sprichwort in der Türkei.

Ist der Kemalismus eine so starke Macht wie er einmal war?

Der Kemalismus stellt immer noch eine Macht in Schulen dar, aber die AKP [die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung] veränderte dies ein wenig. Die AKP hat ein neues Konzept zu Nationalismus, auf das Osmanische Reich gerichtet. Sie betont die „osmanischen Wurzeln“ der Türkei. Aber Erdoğan behauptet immer noch, dass wir „eine Nation, ein Staat, eine Fahne und eine Religion“ besitzen. Es gibt immer noch Gespräche über Mustafa Kemal, aber nicht so viele wie zuvor. Heute kannst du Erdoğan oder Atatürk nicht kritisieren. Es ist gesetzlich festgeschrieben, dass man Atatürk nicht kritisieren darf und ein ungeschriebenes Gesetz Erdoğan nicht zu kritisieren. Die Medien befolgen diese Vorschriften.

Könnt ihr über die Perspektiven auf den kurdischen Freiheitskampf berichten?

Die kurdischen Freiheitskämpfe begannen nicht mit Rojava. Die Kurd*innen kämpften seit hunderten von Jahren gegen das osmanische Reich und den türkischen Staat.

Seit Beginn der DAF haben wir Kurdistan so bedeutsam für die Propaganda und Bildung angesehen.
Unsere Perspektive steht in Verbindung mit den Freiheitskämpfen der

*Aktivist*innen der DAF an der türkischen Grenze zu Rojava*

Menschen: Die Vorstellung, dass Menschen Föderationen ohne Nationen, Staaten und Reichen bilden können. Der türkische Staat behauptet, das Thema sei ein kurdisches Problem, aber für uns ist es kein kurdisches Problem. Es ist eine Frage der türkischen Politik der Assimilation. Es ist offensichtlich, dass die Assimilation der kurdischen Menschen seit den ersten Jahren der türkischen Republik nicht beendet worden ist. Wir können dies vom letzten Roboski-Massaker [von 34 kurdischen grenzüberschreitenden Händler*innen durch türkische F16 am 28. Dezember 2011] durch den Staat sehen während des „Friedensprozesses“. Wir können dies sehen in der Aberkennung der kurdischen Identität oder der wiederholten Massaker. Indem die Menschen veranlasst werden sich als Türk*innen zu assimilieren und indem nationalistische Propaganda verbreitet wird.

Die AKP sagt, sie habe kurdische TV-Kanäle zugelassen, die kurdische Sprache erlaubt und wir wären alle Brüder und Schwestern, aber andererseits gab es das Roboski-Massaker, das in ihrer Regierungszeit stattfand. 2006 gab es in sehr hohem Maße Zwang durch die Regierung unter Erdoğan. Erdoğan sagte, dass Frauen und Kinder, welche sich

gegen die türkische Politik wenden, bestraft werden würden. Über 30 Kinder wurden von der Polizei und der Armee ermordet.

Die Wortwahl ändert sich, aber die politische Agenda setzt sich fort, nur unter einer neuen Regierung. Wir bezeichnen uns selbst nicht als Türk*innen. Wir haben viele ethnische Wurzeln und kurdisch ist eine davon. Unsere Beteiligung an Kriegsdienstverweigerungen ist ein Teil dieser Sichtweise. Wir wollen mit den Menschen reden um zu verhüten, dass die Menschen dem Militär beitreten und ihre Brüder und Schwestern töten.

Nach den 2000ern gab es einen ideologischen Wandel im kurdischen Freiheitskampf. Die kurdischen Organisationen bezeichnen sich nicht mehr als marxistisch-leninistisch und Öcalan schrieb eine Menge zum demokratischen Konföderalismus[5]. Dies ist wichtig, aber unsere Beziehung zu den kurdischen Menschen findet auf der Straße statt.

Könnt ihr von der Solidaritätsarbeit der DAF mit den Menschen in Rojava berichten?

Zu Beginn der Rojava-Revolution im Juli 2012 fingen die Leute an zu sagen, dass es eine staatenlose Bewegung sei. Wir waren vom ersten Tag an solidarisch mit der Revolution. Drei Kantone erklärten ihre Revolution auf staatenlose Weise. Wir versuchen zu beobachten und mehr Informationen zu erhalten. Dies ist keine anarchistische Revolution, aber eine soziale Revolution, die von den Menschen selbst ausgerufen wird.

Rojava stellt eine dritte Kriegsfront für Syrien gegen Assad, IS und andere islamistische Gruppen dar. Dies sind jedoch nicht die einzigen Gruppen, mit welchen die Revolution konfrontiert wird. Die türkische Republik ist auf dem Unterstützungstrip für den IS[6] von ihren Grenzen aus. Der nationale Geheimdienst der türkischen Republik scheint Waffen an den IS und weitere islamistische Gruppen zu geben. Die kurdischen Menschen riefen unter diesen Umständen die Revolution aus.

Nachdem dem Angriff des IS auf Kobane begann [2014], gingen wir nach Suruç. Wir warteten an der Grenze, als türkische Streitkräfte Menschen, die die Grenze überschritten, an griffen. Als die Menschen die Grenze nach oder von Kobane übertreten wollten, wurden sie erschossen. Wir blieben dort um Schutz zu bieten.

Im Oktober sammelten sich die Menschen nahe Suruç und brachen durch die Grenze. Türkische Panzer schoss Tränengas auf sie über die Grenze.

Vom 6. - 8. Oktober fanden Kobane-Solidaritätsdemonstrationen überall in der Türkei statt. Kader Ortakya, ein sozialistischer Kobane-Unterstützer aus der Türkei, wurde beim Versuch die Grenze zu überschreiten erschossen.

Wir halfen den Leuten. Einige überschritten die Grenze von Kobane aus und hatten keine Unterkunft. Wir bereiteten Zelte, Essen und Kleidung für sie vor. Manchmal kamen Soldat*innen mit Tränengas und Wasserwerfern zur Siedlung und wir mussten woanders hingehen. Einige Menschen überschritten die Grenze um nach ihren Familien zu suchen und wir halfen ihnen. Andere kamen um die Grenze zu überschreiten und zu kämpfen und wir halfen ihnen. Wir trugen Kleidungsstücke mit dem DAF-Schriftzug darauf.

vielleicht ein wenig verkürzt dargestellt. Aber die Frage bezog sich ja auch nicht auf die DITIB. Wir stellen KEINEN positiven Bezug zur DITIB her und lehnen jede Form von nationalem oder religiös-fundamentalistischem Denken ab. Unseren kurdischen Gefährt*innen und den Befreiungskämpfen in Syrien und der Türkei stehen wir selbstverständlich solidarisch bei Seite.
Leider ist es dennoch die DITIB, die unser Haus kaufen will. Daher müssen wir uns nicht nur mit der Stadt, sondern auch mit denen auseinandersetzen.

Wir begrüßen den Neubau jetzt auch nicht, an einem "Gotteshaus", ob Kirche oder Moschee, sehen wir durchaus kritische Punkte, aber in den real existierenden Verhältnissen ist es nun mal gut und notwendig, dass es Religionsfreiheit und die Möglichkeit des Auslebens seines Glaubens gibt. Das "von AZ bis Minarett" bezog sich nicht auf den Neubau den die DITIB plant. Da aber pro NRW sich mit ihrer antiislamischen Hetze auf Moscheen im Allgemeinen bezieht, wollten wir dem etwas entgegen setzen. Wir haben es ja offensichtlich mit einem sich im letzten Jahr noch verstärkenden antimuslimischen Rassismus zu tun, der aber auch schon vorher massiv spürbar war. Da haben auch wir als Autonome und oder Anarchist*innen, die Religion grundsätzlich kritisch gegenüber stehen ein politisches Problem, nämlich das mensch aufpassen muss diesen Konflikt nicht von der falschen, sprich rassistischen Seite zuzuspitzen.

Ihr habt für den 29'ten und 30'ten April Aktionstage angekündigt, Was würde mich erwarten wenn ich dieses Jahr schon zwei Tage früher nach Wuppertal komme?

Na jede Menge Spaß und nette Leute :) Also Freitag gibt es erst einmal ein geiles Punk-Konzi und am Samstagabend dann auf jeden Fall eine Tanz-Demo mit der wir in den 1. Mai feiern. Am 1. Mai startet dann um 14:00 Uhr die Autonome 1. Mai Demo und danach das Schusterplatzfest auf dem Ölberg! Dazwischen phantasieren wir noch was rum was da so gehen könnte, aber vielleicht verraten wir ja auch nicht alles vorher. Es schadet bestimmt nicht, sich auf den einschlägigen Blogs auf dem Laufenden zu halten.
Die abendliche Tanzdemo am Vorabend gab es auch schon die letzten Jahre. Einerseits bin ich ein großer Freund von solchen Zügen, es werden ja auch nochmal andere Menschen damit angesprochen. Andererseits habe ich oftmals das Gefühl, dass aus der Demonstration zu wenig Vermittlung der Inhalte nach außen gibt. Wie sieht das bei euch aus?

Die Tanzdemo ist für uns eigentlich immer so ein "Reclaim the Streets"-Ding. Ob wir es schaffen das nach außen hin immer so zu vermitteln wissen wir nicht, aber das ist zumindest der Anspruch. Wichtiger Teil ist auch nach außen zu tragen das es vielen Jugendlichen (neben dem AZ) an unkommerziellen Alternativen fehlt. Es gibt auf unseren Tanzdemos immer zwischendrin auch Redebeiträge zu verschiedenen aktuellen Themen die uns wichtig sind, es gibt meist einen eigenen Aufruf und vor dem LKW mit der Musik läuft auch immer ein kleiner Demoblock mit Transpis. Also klar wird auf einer Tanzdemo Spaß schon relativ groß geschrieben, aber wer sagt, dass die soziale Revolution nicht auch Spaß machen darf [lacht].

Das hört sich ja schon echt super an! Wir sehen uns dann spätestens am 30. April auf den Straßen Wuppertals. Vielen Dank für das Interview, die letzten Worte will ich mal ganz frei euch überlassen.
Vielen lieben Dank fürs Interview.

Termine:

12.04. – Vortrag am 12.April: Rassistische und sexistische Effekte der Kölner Silvesterdebatte // 19:30 // Uhr Autonomes Zentrum
19.04. – Vortrag zum Thema Antirepression – Ort und Uhrzeit sind noch offen
29.04. – Konzert mit Die Bilanz, Placebotox, Oijeh // 20:00 Uhr // Autonomes Zentrum
30.04. – Tanzdemo "Spaß muss sein! – Kapitalismus nicht!" // 20:00 Uhr // Deweertscher Garten
01.05. – Demonstration: 30 Jahre autonomer 1. Mai // 14:00 Uhr // Platz der Republik
01.05. – Straßenfest // ca. 16:00 Uhr // Schusterplatz

mehr Infos unter: autonomer1mai.noblogs.org

Anzeige

unsererseits ab Herbst in der Kampagne gegen HoGeSa, Nazis und Polizeigewalt aufgegriffen, die parallel zum Prozess lief.

Der vor kurzem zu Ende gegangene Prozess brachte aber auch keinerlei Aufklärung über das Verhalten von Bullen und Staatsanwaltschaft, weshalb dieses Thema auch weiterhin wichtig für uns sein wird, u.a. auch rund um den 1. Mai. Während des Prozesses sind noch mal krasse Sachen über das Verhalten der Bullen raus gekommen. Sie hatten ganz klar Kenntnis, dass das Ganze von Naziseite aus geplant war, dennoch haben Bullen und Staatsanwaltschaft so nicht ermittelt bzw. dann aufgeklärt.

Was trotz allem war und ist die große Solidarität, die unserem Freund entgegenkommt, klasse . So sorgen jetzt schon seit fast einem Jahr verschiedene Menschen dafür, dass das Lokal unseres Freundes geöffnet bleiben kann und er seine Lebensgrundlage nicht verliert.

Geändert hat sich durch den Angriff und das Folgegeschehen natürlich vieles, bei vielen Menschen vor allem auf einer persönlichen Ebene, konkret ist aber auch z.B. Sicherheit seitdem ein anders Thema im Haus.

Wollt ihr die Kampagne und deren Verlauf kurz beschreiben? Wie lief sie bisher ab, was für Erfolge wurden eventuell erzielt und was für Ziele sind noch nicht erreicht?

Die Kampagne ist im September 2015 gestartet. Es gibt eine Kampagnen-Zeitung die ausführlich die Thematik bearbeitet. Zum Prozessauftakt, Anfang Oktober gab es eine Demo, an einigen Prozesstagen gab es kleine Kundgebungen und viel wichtiger: Der Prozess wurde vor allem durchgehend kritisch begleitet. Zu den Geschehnissen gab es dann Veröffentlichungen auf dem Blog der Kampagne. Weiterhin gab es ein paar Veranstaltungen auch in Kooperation mit anderen Akteuren in der Stadt und zuletzt, Anfang Februar, eine Aktion vor der Bullenwache am Hofkamp. Die Bullen dort sind verantwortlich für den Polizeieinsatz in der Nacht des 11. April 2015. Sie stehen derzeit schon massiv unter Druck, was auch an der kritischen Berichterstattung einzelner Journalist*innen liegt. Also die Kampagne hätte sicher erfolgreicher sein können, vor allen Dingen hätte sie auch unter uns breiter verankert sein können. Es war uns aber wichtig, dass es kontinuierlich was gegen diese ganze Scheiße, auch öffentlich gab und bei Gelegenheit bzw. Notwendigkeit sicherlich wieder geben wird!

Vor zwei Jahren wurde mit der autonomen 1. Mai Demo ja der Startschuss für eine Kampagne gegeben, für den Verbleib des Autonomen Zentrums an der Gathe (die Gathe ist eine größere Straße in der Wuppertaler Nordstadt). Im Oktober des gleichen Jahres gab es dann nochmal eine wirklich große, kraftvolle und gelungene Demonstration. Seit dem gibt es zumindest nach außen keine wirkliche Informationslage zu der Thematik mehr – ist das Thema vom Tisch und der Verbleib des AZ an seinem Standort gesichert?

Nein, der Standort an der Gathe ist leider noch in keinster Weise gesichert, aber grundsätzlich hat sich an der Lage seit der Demo im Oktober 2014 noch nichts geändert. Es gibt zwar nach wie vor Verhandlungen, aber es gibt immer noch kein adäquates Ausweichgebäude. Der Häuserblock rund ums AZ gehört unseres Wissens nach bereits größtenteils der DITIB-Gemeinde. In die verlassene Tankstelle nebenan ist seit kurzem ein KFZ-Gutachter eingezogen. Wir haben aber das Gefühl, dass die Bereitschaft im Haus mit der DTIB zu verhandeln sich mittlerweile bei vielen Menschen in Grenzen hält, unter anderem da im Sommer auf einer von der DITIB mit organisierten Demonstration viele Gemeindemitglieder Seite an Seite mit 'Grauen Wölfen' liefen.

Wir hatten im letzten Jahr viel Arbeit mit der Aufarbeitung des Angriffs und der Prozessbegleitung, deswegen ist die Öffentlichkeitsarbeit der "AZ Gathe bleibt" Thematik etwas vernachlässigt worden, aber sobald es etwas Wichtiges, Neues gibt, wird das natürlich nach außen getragen.

Eure Verhandlungspartnerin ist in dem Fall ja wie gesagt die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.), eine nationalkonservative und religiöse Einrichtung, die direkt dem türkischen Staat untersteht. Ich würde eigentlich meinen, dass diese Tatsache eine positive Bezugnahme gegenüber der DITIB verhindert. Als die Nazis von 'pro NRW' aufliefen gab es ein Transpi "Von AZ bis Minarett..." und soweit ich das im Kopf habe wurde ein größerer Neubau der Moschee sogar von AZ Seite aus begrüßt. Gerade auch in Hinsicht auf den inhaltlichen Schwerpunkt zum Kampf der Kurd*innen in der Türkei und Syrien. Wie passt das zusammen? Das gleiche könnte man auch bei der Frage des Antisexismus, bezüglich auf den von großen Teilen der DITIB geforderten Kopftuchzwang stellen.

Natürlich sind wir keine Fans der DITIB und sind auf deine genannten Kritikpunkte gerade nicht genug eingegangen und die Antwort ist so

Die YPG und YPJ [die Kampfeinheiten Rojavas, die YPJ ist eine Frauenmiliz] drängten den IS Tag für Tag zurück. Der Berg Mıştenur war für Kobane sehr wichtig. Nach der Einnahme des Berges durch die YPG und YPJ wollten einige Leute nach Kobane zurückkehren. Als sie zurück kamen waren ihre Häuser durch den IS zerstört. Einige Häuser waren vermint und einige Leute wurden durch die Minen getötet. Die Minen müssen entschärft werden, aber von wem und wie? Die Menschen benötigen neue Unterkünfte und Hilfe. Wir hatten Konferenzen abgehalten und sprachen darüber, wie man Kobane helfen könnte. Vor zwei Wochen fand eine Konferenz in Amed statt.

Welchen Standpunkt vertretet ihr gegenüber Wahlen?

Wir glauben nicht an die parlamentarische Demokratie. Wir glauben an die direkte Demokratie. Wir unterstützen die HDP bei den Wahlen nicht, aber wir haben solidarische Verbindungen auf der Straße mit ihnen.

Emma Goldman sagte, falls Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten. Es gibt gute Leute in der HDP, welche gescheite Dinge sagen, aber wir denken, dass die Regierung nicht gut sein kann, weil das Wahlsystem nicht gerecht ist.

In Rojava nennen sie es nicht eine anarchistische Revolution, aber es gibt keine Regierung, keinen Staat und keine Hierarchie. Deshalb glauben wir daran und solidarisieren uns damit.

Könnt ihr uns über den Bombenanschlag in Suruç berichten?

Mehr als 30 Menschen, die am Wiederaufbau von Kobane teilnehmen wollten, wurden von einem Angriff des IS getötet. Dieser Angriff war offensichtlich vom türkischen Staat organisiert. Sie taten nicht einmal etwas um es zu stoppen, obwohl sie die Information über den Angriff einen Monat zuvor erhielten. Nach der Explosion griff zudem der türkische Staat Rojava an und setzte Einsätze gegen politische Organisationen in der Türkei in Gang. Aktuell gibt es viele Einsätze und politischen Druck auf Anarchist*innen und Sozialist*innen sowie kurdische Organisationen. Sie verwenden die Explosion als eine Begründung für diese politische Repression sowohl auf inländischer als auch internationaler Ebene.

Wir haben 33 von unseren Gefährt*innen verloren, Freund*innen, die für die Revolution in Rojava gegen die staatliche Repression, Ablehnung und Massakerpolitik kämpften. Es sind Menschen, die durch den Staat, den IS und andere Mächte getötet worden sind. Aber unser Widerstand wird nicht aufhören, unser Kampf wird weitergehen, wie es immer in der Geschichte gewesen ist.

Corporate Watch
Corporate Watch ist eine unabhängige Forschungsgruppe, die die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Unternehmen und deren Macht untersucht.

Fußnoten

[1] https://corporatewatch.org/
[2] https://en.wikipedia.org/wiki/Alexander_Atabekian
[3] https://www.contributoria.com/issue/2015-06/5538d5dcdbb4afd0210003b5/proposal
[4] https://roarmag.org/essays/26a-collective-cafe-istanbul/
[5] https://roarmag.org/essays/pkk-kurdish-struggle-autonomy/
[6] https://roarmag.org/essays/isis-attacks-kobane-from-turkey/

Quelle
https://roarmag.org/essays/turkey-kurdistan-anarchist-struggle/

Anzeigen

Der autonome 1. Mai in Wuppertal

Der autonome 1. Mai in Wuppertal feiert dieses Jahr Jubiläum. Zum nunmehr dreißigsten Mal wird sich am „Tag der Arbeit“ ein Demonstrationszug mit dem Ziel Schusterplatz durch die engen Straßen der Elberfelder Nordstadt schlängeln. Konsequent seit ihrer Gründung unangemeldet, ist die Veranstaltung immer wieder Angriffsziel von Polizei und darauffolgender Repression geworden – mal mehr, mal weniger. Wir interviewten Beteiligte der letzten Jahre, zu der Demonstration und der aktuellen Situation in der Metropole des bergischen Land. Das Ergebnis wollen wir der geehrten Leser*innenschaft natürlich nicht vorenthalten.

★ *Von: B.K.*

Hallo, dieses Jahr ist ja das dreißigjährige Jubiläum der autonomen 1. Mai Demonstration in eurer Stadt. Könnt ihr etwas zu der Entstehung und ihren Gründen sagen, warum gab es ab 1986 eine explizit autonome Veranstaltung an diesem Tag?

Also als Erstes müssen wir sagen, dass die Älteren unter uns, also von denen die dieses Jahr die 1. Mai Demo an den Start bringen, vor 30 Jahren auch sehr jung waren. Trotzdem finden wir es geil, dass es in Wuppertal seit 1986 diese Kontinuität gibt und das ist doch schon mal echt nicht schlecht! Und wir hoffen, dass diese Jahr besonders viele Leute die auch vor 30 Jahren schon auf der Straße waren kommen und alle anderen natürlich auch.

Ansonsten würden wir hier gerne noch kurz zitieren:
“Vor genau 30 Jahren wurde die Tradition einer autonomen 1.Mai Demo in Wuppertal begründet, als wir uns – aus guten Gründen – von der DGB-Demonstration trennten und nach links in die Elberfelder Nordstadt zogen. Inhaltliche Differenzen und die Einsicht, dass mit deutschen Gewerkschaftsverbänden keine radikale Politik und Gesellschaftskritik machbar ist, haben den autonomen Teil der Demonstration zur Gründung ihrer eigenen unangemeldeten und selbstbestimmten Demo bewogen. 250 Demonstrant*innen zogen am Arbeitsamt und bei diversen Sklavenhändlern/Leiharbeitsfirmen vorbei, um ihrer Ablehnung gegenüber dem kapitalistischen Normalzustand Ausdruck zu verleihen. Die autonome 1. Mai Demo findet seitdem jedes Jahr statt und ist bundesweit eine der letzten regelmäßig unangemeldet stattfindenden 1. Mai Demonstrationen. Auch die 1. Mai-Straßenfeste sind 1986 zum ersten Mal organisiert worden und finden seit 30 Jahren mit oder ohne Giraffen auf dem Schusterplatz statt.”

Und habt ihr nach der ganzen Zeit einmal Bilanz gezogen? In wie weit ist eure radikale Politik und Gesellschaftskritik in den letzten dreißig Jahren machbar gewesen? Der kapitalistische Normalzustand existiert leider immer noch und ich würde sagen, dass sich die Situation eher weiter verschärft.

Also überall hat radikale Kritik nicht funktioniert und auch den Kapitalismus gibt es überall, nur in Wuppertal nicht ;) – nein im Ernst, natürlich sieht es auch bei uns nicht gerade rosig aus, vielleicht sogar was schlechter als in manchen Ecken. Wir sind schon manchmal sehr in Abwehrkämpfe verstrickt und hatten ja gerade im letzten Jahr ne echt harte Zeit. Aber ganz ernsthaft, gerade deswegen ist uns der 1. Mai dieses Jahr vielleicht nochmal wichtiger. Es ist leider einer der wenigen Momente zurzeit in dem wir in Wuppertal sehr deutlich unsere Haltung zu Kapital und Herrschaft und den ganzen Dreck äußern, das machen wir auch wenn es den Bullen nicht passt jetzt seit 30 Jahren und wollen das auch nicht aufgeben!

Ich habe jetzt schon mehrfach von Leuten aus verschiedenen Städten mitbekommen, dass sie ganz bewusst nicht zur Demo nach Wuppertal kommen. Sie wollten sich nicht im Polizeikessel “über den Berg prügeln lassen” und ziehen aus dem Grund z.B. die anarchistischen 1. Mai Demonstrationen in Dortmund oder Bonn vor. Im Jahr 2008 gab es ja wirklich eine massive Repression, bei der ein großer Teil der Demonstration verletzt und abgeführt wurde. Wie hat sich die Thematik in den letzten Jahren dargestellt?

Na ja, wenn man auf eine Demo mit sozialrevolutionären Anspruch geht, muss Mensch leider mit Repressalien durch die Bullen rechnen. Den Bullen und der herrschenden Politik ist es natürlich ein Dorn im Auge, das die Demo unangemeldet läuft – dies ist für uns aber ein unbedingtes Muss für eine autonome 1. Mai Demo. Weil dafür schlicht keine Einzelperson verantwortlich sein kann, so wie es der Staat will. Außerdem ist das für uns ein Minimum an rebellischer Haltung was wir uns unbedingt erhalten wollen. Wenn so eine Demo angemeldet wird, ist das übrigens auch kein Schutz vor sehr krasser Repression, wie es vermutlich hunderte Beispiele aus den letzten Jahren belegen. Wenn wir an Situationen wie in Istanbul denken und den dort eigentlich jedes Jahr stattfindenden Kampf um den Taksim Platz, wissen wir was Repression auch noch bedeuten kann. Aber die Demo in Wuppertal zeigt auch, dass es nicht falsch ist weiter zu machen. In den letzten Jahren war die Situation schon wieder viel besser. 2014 haben wir den Bullen wieder richtig ein Schnippchen schlagen können. Mensch muss aber auch sagen, dass es auch viel an uns selber hängt (mit “uns” beziehen wir jetzt auch mal Menschen aus anderen Städten mit ein), wenn wir entschlossen motiviert und gut organisiert sind geht natürlich mehr als wenn das nicht der Fall ist. Und ganz allgemein freuen wir uns glaube ich aber alle, wenn autonome, anarchistische oder linksradikale 1.Mai-Aktionen stattfinden, das zeigt doch nur das (sozial)revolutionäre Ideen für Menschen Wichtigkeit haben, wir wollen gar kein Monopol auf einen möglichst rebellischen, autonomen oder anarchistischen 1.Mai haben.

Der Demonstrationszug hat ja jedes Jahr den gleichen Endpunkt als Ziel, den Schusterplatz auf dem Ölberg. Dort findet dann auch immer ein kleines Straßenfest mit der Nachbarschaft statt, vor ein paar Jahren gab es aus diesem Fest auch nochmal eine weitere spontane Demonstration Richtung Innenstadt. Könnt ihr mal etwas über das Fest erzählen? Wie es abläuft, was vor Ort alles stattfindet, was eurer Meinung nach fehlt oder ausgebaut werden könnte und natürlich wie eure jährliche Aktion von der Anwohner*innenschaft aufgenommen wird.

Auf dem Schusterplatz gibt es Musik von lokalen Künstler*innen, der eine oder andere inhaltliche Redebeitrag wird gehalten und es wird Essen von verschiedenen Gruppen, wie zum Beispiel der Küfa aus dem AZ, oder ‘Welcome 2 Wuppertal’ gegen Spende angeboten. Meist gibt es auch einen Infostand und seit kurzem das bei Kindern sehr beliebte “antifaschistische” Torwand schießen [lacht] . Die Idee dahinter ist den Tag noch gemeinsam in ruhiger Atmosphäre ausklingen zu lassen, auch Anwohner*innen die nicht an der Demo teilnehmen, freuen sich auf das anschließende Straßenfest. Es ist unserer Meinung nach wichtig für die Verankerung im Viertel, mit der Nachbarschaft im Austausch zu bleiben. Nicht zuletzt deswegen ist für uns das Straßenfest neben der Demonstration selbst auch immer ein wichtiger Teil des 1. Mai. An dem sich dann auch gerne die Nachbarschaft beteiligt, z.B. durch Hilfe beim Auf- und Abbau, bei der Ausgabe von Getränken oder mit einem selbstorganisierten Kuchen- und Waffelstand. Deshalb würden wir sagen, dass die Anwohner*innenschaft das jährliche Fest überwiegend positiv aufnimmt.

Ende März ist in Wuppertal eine Veranstaltungsreihe angelaufen, die bis zum 1. Mai gehen wird und einige sehr aktuelle Themen behandelt. Welche inhaltlichen Schwerpunkte sind euch dieses Jahr besonders wichtig?

Die Themen decken tatsächlich ein breites Spektrum ab. Das ist sozusagen traditionell so, aber es ist halt auch einfach so, dass die Sachen auch miteinander zusammenhängen. Das heraus zu arbeiten ist zwar nicht immer einfach, aber trotzdem einen Versuch wert. Wir haben Veranstaltungen zu verschiedenen Themen: Zu den Fluchtbewegungen nach Europa, zur zunehmenden Militarisierung, zu

Stadt(teil)-Kämpfen, zu Sexismus und Anti-Sexismus, zu staatlicher Repression und den Kämpfen der Kurd*innen in der Türkei und Syrien. Was wir ganz sicher auch nicht vergessen werden sind die verkackten Rassist*innen und Nazis. HoGeSa-Nazis haben letztes Jahr einen Freund von uns in mörderischer Absicht angegriffen. Das werden wir ganz sicher nicht vergessen! Außerdem läuft ja gerade auch was an gegen den ganzen staatlichen Rassismus. Zum Beispiel Abschiebungen oder das was die Herrschenden “Integration” nennen, sprich, das sich die Menschen möglichst billig ausbeuten lassen sollen und ansonsten die Schnauze halten und die brutale, militärische Abschottung Europas. Da wollen wir natürlich versuchen uns selber stärker in Wallung zu bringen und vielleicht ein bisschen auch was anzustoßen.
Genau ein Jahr ist es jetzt her, dass euer Freund vor dem Autonomen Zentrum von Nazis niedergestochen worden ist. Das letzte Jahr muss ziemlich schwierig für euch gewesen sein. Wie sieht es heute aus, wie hat sich das letzte Jahr bei euch ausgewirkt und was hat sich geändert?
Der Angriff war auf jeden Fall ein Schock für uns alle. Unserem Freund geht es zum Glück den Umständen entsprechend wieder besser, er leidet aber immer noch unter den Folgen des Angriffs. Es ist seitdem viel Zeit und Kraft in die Aufarbeitung des Angriffs und dem Geschehenen geflossen - sowohl intern als auch in Form diverser öffentlicher Erklärungen und Veranstaltungen.

Zum Naziangriff selber kam ja in der Nacht und in der Folgezeit noch das skandalöse und teilweise sehr brutale Vorgehen der Wuppertaler Bullen gegen Antifaschist*innen hinzu. Politisch wurde all das